

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großhirsch behördlich bestimmte Blatt

Besognenpreis mit Inkl. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.- für Selbstabholer 1.00 Mk. - Durch die Post bezogen 2.- Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206.
Postcheckkonto: Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. - Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 - Telefon 72208

Insertionspreis: Die 10gepalt. Kolonellselle 35 Pfg., bei Blattvorschrift 40 Pfg. Stellenangebote 10gep. Kolonellselle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatleuten die 10gep. Kolonellselle mit 50% Nachl. Reklameselle 2 Mk. Inletate v. ausm.: die 10gep. Kolonellselle 40 Pfg. bei Blattvorschrift 50 Pfg. Reklameselle 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbeiträgen nehmen die Auszüge, unsere Abzweigungen und alle Volkankalten entgegen

Das unruhige Asien

Die Spannung in Arabien

SPD Bagdad, 13. Februar.

Der neue Oberkommissar des Irak, Sir Gilbert Clayton, wird bei Antritt seines Postens vor einer Reihe schweriger Aufgaben stehen. Er hat erstens die Beziehungen Englands zu Ibn Saud zu regeln und wird zweitens einen Ausweg finden müssen, um die Differenzen zwischen Großbritannien und seinem mesopotamischen Schutzzug zu beseitigen. Die öffentliche Meinung Mesopotamiens drängt auf die Erweiterung der Selbständigkeit des Iraks und fordert Erfüllung der von England eingegangenen Verträge. Die stärkste Meinungsverschiedenheit besteht über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, durch die das Irak die Verteidigung des Landes selbst in die Hand nehmen und die englische Verteidigung überflüssig machen will. Vertragsmäßig ist die mesopotamische Regierung dazu berechtigt, während Englands Bemühungen darauf hinausgehen, die Frage dadurch zu erledigen, daß britische Truppen gegen Vergütung der Unterhaltungskosten weiter im Lande stationiert bleiben.

Die Stellung König Fajals ist durch diese Konflikte sehr schwierig geworden. Einerseits ist er genötigt, die guten Beziehungen zu England aufrechtzuerhalten, während ihm andererseits an der Festigung seiner Stellung bei seinen Untertanen gelegen ist. Die Nationalisten, die stark an Anhang gewonnen haben, und die ein selbständiges irakisches Reich mit engem Anschluß an die indischen Mohammedaner wünschen, werfen ihm vor, daß er als sandrabender Fürst nur persönliche Politik macht und die nationalen Wünsche des Landes erst in zweiter Linie berücksichtigt.

Die Veruche des Königs, zwischen beiden Tendenzen lazierendes Kabinett unter der Präsidentschaft des früheren Ministerpräsidenten Jassar Pascha zu bilden, sind gescheitert, da Jassar Pascha nicht das Vertrauen der Opposition genießt, die in ihm einen Agenten Englands sieht. An Neuwahlen ist bei der jetzigen Stimmung des Landes nicht zu denken, da die Regierung mit Recht einen großen Erfolg der Opposition fürchtet. Die Lage ist unter diesen Umständen völlig ungeklärt, und die Behebung der für England nicht sehr erfreulichen Schwierigkeiten wird in erster Linie von der diplomatischen Kunst Sir Gilbert Claytons und von den Maßnahmen abhängen, die England zur Beseitigung der augenblicklich sehr unangünstigen wirtschaftlichen Lage des Landes zu unternehmen gedenkt.

Ibn Saud belagert Kuwait

TL Berlin, 14. Februar.

Wie die Wossische Zeitung aus Jerusalem meldet, sind die Truppen der Wahabiten in das mit England verbündete Emirats von Kuwait einmarschiert und lagern fünf Kilometer vor der gleichnamigen Haupt- und Hafenstadt, die von drei englischen Kreuzern verteidigt wird. Die Engländer organisieren die Eingeborenen von Kuwait zu einem Gegenangriff. Die Luftflotte im Irak wurde durch ägyptische Einheiten verstärkt.

Der Kampf in Afghanistan

SPD Berlin, 14. Februar.

Aus Moskau wird gemeldet, daß die Truppen Amanullahs die Stadt Kabul umzingelt haben und bei den Kämpfen der stellvertretende Oberbefehlshaber der Truppen Habibullahs von „Regierungstruppen“ gefangen genommen und auf Befehl Amanullahs erschossen worden sei.

(Wreschen.) Afghanistan zerfällt gegenwärtig (Mitte Februar 1929) in das Reich von drei Herrschern, die alle Anspruch auf den Thron des Landes erheben. Diese sind:

1. Habibullah (alias Vatschei-Sakto), mit dem Sitz in Kabul, das er Mitte Januar erobert hatte. Seine Anhänger werden sich in der Hauptsache aus den Stämmen von Kuchistan, der Landschaft zwischen Kabul und dem Hindu-Kush-Gebirge.

2. Ali-Achmed-Jan, mit dem Sitz in Dihlatalabad, Führer der Stämme Schinwari und Mohmand, deren Aufstände gegen den König Amanullah im Dezember vorigen Jahres den afghanischen Bürgerkrieg entzündet hatten.

3. Amanullah, der aus Kabul verdrängte bisherige König von Afghanistan, der seinen Sitz in Kandahar aufgeschlagen hat. Hinter ihm stehen die meisten und bevölkerlichsten Provinzen Afghanistans (Meimane, Majari-Scherif, Badachshan, Kataghan im Norden, Farsara, Kandahar im Süden, Herat und Farah im Westen, Chopt und Ghosni im Osten).

Der gegenwärtige Stand des Bürgerkrieges kennzeichnet sich durch den konzentrischen Vormarsch der Truppen Amanullahs und



Achmed-Jans gegen Kabul. Die Hauptkräfte der Schinwari sind nur noch 10 Kilometer östlich von Kabul, während eine andere Kolonne von ihnen die afghanische Hauptstadt nördlich zu umgeben versucht. Die Truppen Amanullahs drängen entlang der Straße Ghosni-Kabul vom Südwesten her vorwärts, die nordafghanischen Stämme haben die Pässe des Hindu-Kush-Gebirges besetzt und bedrohen die Kuchistaner im Rücken. - Das Verhältnis zwischen Amanullahs und Ali-Achmed-Jan ist noch nicht klargestellt. Trotz der Uebermacht der Angreifer auf Kabul entwickeln sich die Kriegeoperationen in dem verschneiten, weglassen Gebirgslande äußerst langsam.

Dihlatalabad zerstört

TL London, 14. Februar.

Nach den in Neu-Delhi eingegangenen Nachrichten ist die Stadt Dihlatalabad vollständig zerstört worden. Die an der afghanisch-indischen Grenze eintreffenden Reisenden berichten, daß wahrscheinlich Banden aus den Bergen die Stadt zunächst geplündert und das Dorf in Brand gesteckt hätten. Von dort habe das Feuer ein unterirdisches Pulvermagazin erreicht und eine schwere Explosion verursacht. Ali Achmed Khan, ein Anwärter auf den afghanischen Thron, hat nach den Berichten aus gleicher Quelle durch Khugiani- und Schinwari-Stämme bei Jagdallad eine schwere Niederlage erlitten. Seine Ausflüchte auf Erfolg gelten als endgültig geschwunden.

Schwarzmittel und Schwarzhemd

Der Pakt von Rom

Rom hat am Faschingstag seine besonderen Feiertlichkeiten gehabt. Mit der siebenten Wiederkehr des Krönungstages des Papstes der katholischen Kirche wurde zugleich der Abschluss des päpstlich-italienischen Vertrages festlich begangen. Die großzügige Regie Mussolinis hatte dafür gesorgt, daß in Rom und in anderen Städten nicht nur gefeiert wurde, sondern daß auch zahlreiche Kundgebungen zu „Ehren“ des Papstes und Mussolinis stattfanden. Damit die begeisterten Demonstrationen der Bevölkerung durch keine Zwischenfälle gestört werden, war die faschistische Miliz aufmarschiert, deren Aufgabe es außerdem war, für die unentbehrlichen Jubelrufe zu sorgen.

Der Vertrag, den eben der Papst mit Mussolini abgeschlossen hat, geht nicht nur den Vatikan und Rom an. Die katholische Kirche ist eine internationale Macht, die in zahlreichen Ländern in denen die Arbeiterbewegung besonders stark geworden ist, ihre politischen Parteien unterhält. Das Zentrum in Deutschland, die Christlich-sozialen in Oesterreich sind Werkzeuge der katholischen Kirche, des Papstes. Es ist klar, daß der Pakt zwischen dem Papst und Mussolini nicht ohne Einfluss auf die katholische Kirche in allen Ländern und auch nicht ohne Einfluss auf die Politik der katholischen Parteien bleiben wird. Der wesentliche Inhalt des Vertrages ist am Dienstag hier wiedergegeben worden. Die katholische Kirche feiert als eine Wiedergutmachung eines an ihr begangenen Unrechtes, daß jetzt die weltliche Herrschaft des Papstes wieder anerkannt wird. Mit dem Einmarsch italienischer Truppen in den damaligen Kirchenstaat wurde im 1871 gestürzt und der Kirchenstaat selbst aufgehoben. Jetzt wird ein neuer Kirchenstaat gegründet, dessen Umfang allerdings sehr klein ist und der wohl nur einige tausend Einwohner zählen dürfte. Aber der Papst wird sich damit um so mehr abfinden, als er damit der Notwendigkeit entzogen ist, einen großen Apparat zur Beherrschung dieses Staates aufzubauen. Warum sollte er sich auch damit nicht abfinden, wenn ihm der Staat, mit dessen Regierung er den Pakt eingiebt, seine weltliche Herrschaft nicht nur in dem Kirchenstaat garantiert, sondern die Macht des Papstes auch im italienischen Staat neu begründet und mit seinen Machtmitteln schützt? Das italienische Volk wird es zweifellos zu spüren bekommen, daß zwei Milliarden Lire aus der Staatskasse dem großen Magen der Kirche zugeführt werden. Der Papst wird nun zu den „Peterspfennigen“, auf die er nach dem Berliner Zentrumsschritt „Germania“ bisher angewiesen war, einen recht seltenen Zuschuß haben. Die katholischen Arbeiter, die in allen Ländern die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftskrisen sind, werden beruhigt sein von der Maßnahme, die damit von dem Papst jede soziale Not abwendet! Doch diese einmalige Abfindung ist für den Papst nicht das wichtigste. Ein gewaltiger Machtzuwachs wird ihm aus den andern Bestimmungen des Vertrages erwachsen. In dem Konkordat, das einen Bestandteil des Vertrages bildet, wird die katholische Religion als die italienische Staatsreligion offiziell anerkannt und zugesichert, daß die italienische Regierung nichts dulden werde, „was mit dem heiligen Charakter Roms“ in Widerspruch steht. Die rein kirchliche Ehe findet Anerkennung, ebenso erfolgt die offizielle Anerkennung der kirchlichen Orden.

So steht der Vertrag tatsächlich eine Art Machtteilung zwischen der katholischen Kirche und dem Faschismus vor. An die Abhandlungen, die mit dem Faschismus im Laufe der Jahre vor sich gegangen sind, ganz würdigen zu können, muß man sich daran erinnern, daß in dem ursprünglichen Programm der Faschisten vorgesehen war, „die Beschlagnahme aller Güter der religiösen Orden und die Abschaffung aller bischöflichen Ämter, die ein ungeheures Maßmaß für die Nation darstellen und das Privileg weniger sind“. Das forderte Mussolini in den Jahren 1919 bis 1922. Und heute gibt er der Kirche zwei Milliarden Lire! In den ersten Jahren seiner Herrschaft hat er den Kampf mit voller Schärfe auch gegen die katholische Volkspartei in Italien geführt, hat den kirchlichen Einfluss aus der Jugendziehung und auch sonst im öffentlichen Leben ganz auszuschalten versucht. Aber das hat sich bald geändert. Mussolini erkannte, welche außerordentlich starke Macht die katholische Kirche für ihn entfalten kann. Seit etwa fünf Jahren schon ist das Bestreben Mussolinis ganz unverkennbar, zu einem guten Einvernehmen mit dem Papste zu kommen. Er selbst lehnte reumütig in den Schoß der Kirche zurück, ließ seiner Ehe den „kirchlichen Segen“ geben, ließ seine Kinder taufen und betete vor versammelten Faschisten zur „Mutter Gottes“. Der Schauspielers versteht seine Kunst! Natürlich fand der Vatikan an diese in Mussolini seinen Gefallen. Mochten die faschistischen Herren auf seinen Befehl plündern, brennen, misshandeln und morden, mochten Mussolinis Hände noch so tief im Blute rühren, der kirchliche Papst näherte sich ihm. Vor zwei Jahren wurden Verhandlungen geführt, deren Ziel schon damals die Wiederherstellung der vollen Souveränität des Papstes war. Aber der Papst schien damals von dem dauernden Bestand des faschistischen Systems noch nicht fest überzeugt zu sein. Als dann die Frage aufgeworfen wurde, was denn aus dem abgelaufenen Vertrag werden sollte, wenn ein Regierungswechsel in Italien eintritt, der Faschismus also gestürzt werde, wurden die öffentlichen Verhandlungen abgebrochen.

Daß sie im geheimen weitergeführt worden sind, das lehrt

Hungersnot in China

TL London, 14. Februar.

In der chinesischen Provinz Schansi herrscht Hungersnot. Die Verhältnisse sind schlimmer, als während der Hungersnot im Jahre 1920. Zahlende sterben an Mangel an Nahrungsmitteln und ansteckenden Krankheiten. Recht und Ordnung besteht nur noch entlang der Eisenbahn, während weiter im Innern des Landes Räuber Herren der Lage sind und die Schrecken der Hungersnot durch ihre Tätigkeit noch vervielfachen.

Bombensfunde in Mexiko

SPD Mexiko, 14. Februar.

Der Präsident der Republik Vortess Gil, und sein Vorgänger Casas haben am Dienstag und Mittwoch zahlreiche Drohbriebe erhalten. Die Regierung hat daraufhin Hauptquartiere in den Wohnungen führender Mitglieder der nationalistischen Partei vornehmen lassen, wobei zahlreiche Bomben gefunden wurden. Die Familie des Oregon-Mörders Toral ist inzwischen ebenfalls verhaftet worden. Sie soll demnächst in das Innere des Landes verschickt werden.

Freie Bahn für die schwarze Reaktion?

Washington, 13. Februar.

Präsident Vortess Gil hat nach den letzten Meldungen aus Mexiko eine öffentliche Erklärung erlassen, in der er den katholischen Fanatikern die Schuld an dem Dynastentat auf seinen Zug gibt. Gleichzeitig weist der Präsident aber darauf hin, daß die Ausnahmeverordnungen gegen die Kirche schrittweise abgebaut werden, so daß jetzt nur noch gottesdienstliche Handlungen unterbunden seien. Es sei wohl bekannt, daß diese Unterbindung nicht von den Zivilbehörden angeordnet worden sei. Diese Bemerkung kann als Andeutung dahin aufgefaßt werden, das Vortess Gil Verhandlungen zur Beilegung des Kirchenkonflikts begrüßen würde.

Schüsse auf den Präsidenten

SPD Berlin, 14. Februar.

Auf den Präsidenten von Venezuela soll nach einer aus New-York stammenden Meldung ein Anschlag verübt worden sein, der jedoch mißglückte. Der Anschlag wurde angeblich von sechs Männern verübt, die eine Zeitsung dem Auto des Präsidenten folgten und dann mehrere Schüsse auf ihn abgaben. Die Begleiter des Präsidenten sollen das Feuer erwidert und alle sechs Angreifer getötet haben.

der Abjähung des Vertrages. Für Mussolini bedeutet er die Ausweitung und Festigung seiner Macht. Daß er es ist, der mit der katholischen Kirche den Frieden schiebt, werden ihm die christlichen Kämpferprediger in aller Welt zu danken wissen. Die so schon im Zunehmen begriffene Zunahme der bürgerlichen Kreise zu dem Faschismus und seinen Methoden wird jetzt einen neuen Antrieb erhalten. Die katholischen Geistlichen und ihre politischen Helfer werden Mussolinis Verdienste rühmend und feste Brücken von der katholischen Arbeiterklasse zum Faschismus zu schlagen versuchen. Es mag eine Schwäche der päpstlichen Stellung sein, daß der katholische Kirchenherrscher den Kirchenstaat und die Würde eines Souveräns aus den Händen Mussolinis entgegnimmt. Eines Mannes, mit dem, wenn die wahren christlichen Grundsätze wirklich vorhanden wären, in der Kirche Anwendung finden würden, der Papst keinerlei Handel eingehen dürfte. Aber daß er sich mit einem Regime verbündet, das auf rohe Gewalt und scheußlichen Mord aufgebaut ist, lehrt, daß die katholische Kirche sich nicht auf die Wunder des Himmels und die Unterstützung himmlischer Heerscharen verläßt, wenn es sich für sie um die Festigung ihrer Macht handelt. Um das italienische Volk unter ihren Einfluß zu bekommen und im katholischen Glauben zu erhalten, sind auch dem Papste die Methoden Mussolinis realere Hilfsmittel, als Gebete, die aus dem Vatikan zum Himmel geschickt werden.

Ruthe und Schwarzband haben in Rom ihren Pakt abgeschlossen, indem sie sich gegenseitig Unterstützung zugesagt im Kampfe gegen die unaufhaltsam vorwärtsschreitende Bewegung der Arbeiterklasse. Aber wie in der bisherigen Geschichte auf die Reaktion die Revolution folgte, so wird es auch künftig sein: trotz Faschismus und katholischer Kirche, trotz der Unterordnung des Krummstabes unter das Rutenbündel!

Von Presseballen und anderem Willi Sachse und Kreftinski sind auch dabei

Nähezu 3 Millionen Arbeitslose freuten ihr Dasein in Stadt und Land; die langandauernde Kälte steigert die Not bis zum äußersten. Das ist die Situation, die die Kommunisten brauchen, um das durch die Thälmann-Korruption gesunkene Ansehen ihrer Partei in den Massen um einige Prozent zu steigern. Darum werden in ganz Deutschland systematisch die Arbeitslosen aufgeputzt. Wir erinnern an die Vorgänge im Leipziger Stadtparlament, im Reichstag, im Landtag, an Hunderte von öffentlichen Veranstaltungen in den Gemeindeparlamenten aller Provinzen und nicht zuletzt an die Demonstrationen, die zum Teil infolge Mangels an Teilnehmern vorzeitig abgebrochen werden mußten.

Um die Not der Arbeitslosen entsprechend auszuwerten und um die durch die Not Verbitterten bis zum äußersten auszukübeln, bringt die kommunistische Presse — und die sächsischen Arbeiterzeitung naturgemäß oben — Berichte und Mitteilungen über Berliner Pressebälle und vergleicht, an denen sozialdemokratische Minister und andere führende Genossen teilgenommen haben. Denkt an eure Not, so schreiben die KPD-Demagogen, und seht, wie eure Minister, Polizeipräsidenten und dergleichen ihr Dasein genießen. Auch in Leipzig finden Pressebälle statt, auf denen naturgemäß auch die sächsischen Arbeiterzeitung vertreten ist.

Am 13. Februar war für Leipzig eine große Demonstration angelegt. Zu diesem Zwecke wurde die SAJ besonders aufgemacht. Sie brachte ein Bild mit dem Titel: Ballgesellschaft, auf dem der Reichsarbeitsminister, Genosse Wissel, zu sehen war. Für den lokalen Teil dieser Nummer der sächsischen Arbeiterzeitung, in dem das Bild zu finden war, zeichnete der einstige Kriegsfreiwillige Willi Sachse, der unangenehm geschäftliche Beziehungen mit dem ausgefallenen rechten Kommunisten Pöhl eingehalten hat, den Verantwortlichen der sächsischen Arbeiterzeitung, Willi Sachse, der sich bereit auf dem Schlachtfelde rehabilitieren wollte, und der die Bilder über Berliner Pressebälle bringt, hat wieder den Leipziger Presseball mitgemacht. Er kennt die Geschichte aus eigener Erfahrung, und nur deswegen wußt hat er die Besucher der Berliner Pressebälle entsprechend gepöhlert.

Die auswärtige Presse hatte für Donnerstag abend die führenden Häupter der Republik und die Botschafter der fremden Staaten zu sich geladen. Und wie das nicht anders zu erwarten war, hat Herr Kreftinski, der Vertreter der Sowjetrepublik in Berlin, mit seinem gesamten Stabe an dem Ball der auswärtigen Presse teilgenommen. Herr Kreftinski hat sich nicht beim Wasser gehen lassen. Er hat mitgemacht bis in die Morgenstunden des folgenden Tages. Nur verhält die SAJ im Drange der Geschäfte auf die Anwesenheit der Sowjetleute am Presseball gebührend hinzuweisen.

Das kennzeichnet die verbrecherische Demagogie der Kommunistenpresse, die selbst auf den Presseballen vertreten ist, die nichts einzubringen hat, wenn sich der Repräsentant der Sowjetrepublik neben den Repräsentanten der deutschen Republik auf den Presseballen zusammenfinden. Wenn zwei daselbe tun, dann ist das nicht daselbe. Und gerade die Sowjetbotschaften aller Länder stehen bei ihren Besuchern in dem angenehmen Ruf, daß dort bei allen Veranstaltungen auch für die verwöhntesten Geschmcker geforgt wird. Die Empfänge der Sowjetbotschaft in Berlin sind ein besonderes Ereignis in den Kreisen der sogenannten „Gesellschaft“ von Spreetaken. Wie verstehen durchaus, wenn die Sowjetleute entsprechend zu repräsentieren suchen. Wenn aber die KPD an die niedrigsten Instinkte der Massen appelliert, dann sei doch dem aufgeputzten Arbeitslosen einmal ein Menü präsentiert, das lediglich den Durchschnit der Darbietungen auf den Veranstaltungen der Sowjetbotschaften aller Länder zeigt. Die folgende Menüliste entnommen einem Reisejournale auf der russischen Botschaft in Paris. Sie entspricht durchaus den Genüssen, die Herr Kreftinski seinen Besuchern bietet. Das Menü zeigte die folgende Gänge:

1. Gebäck
2. Roshende
3. Matouen-Creme
4. Poularde
5. Trüffel à la Périgourd
6. Gänseläber in Portwein
7. Jarterer Salat
8. Diplomaten-Eis
9. Verschiedene Frische
10. Dessert, Käse usw.

Nicht aufgeputzt werden naturgemäß die berühmten Vorspeisen, die or d'oeuvres, die der Esser selbst wählen kann und bei denen der Kanari pfundweise verwendet wird. Zu jedem Gange gibt es obendrein je eine besondere Art von Wein oder Sekt. All das wird auf großen silbernen Platten dargereicht. Die Tische sind mit Rosen, Rosen und Orchideen besonders geschmückt, die — es ist ein Reuejahrsmenü — besonders von der Riviera herangeholt werden müssen.

Der Arbeitslose vergleiche das Menü eines Vertreters der Sowjetrepublik mit seinem eigenen „Menü“. Die sozialdemokratischen Minister waren bei der ausländischen Presse immerhin nur zu Gast geladen, wobei sie die Kosten selbst zu bestreiten hatten. Ein Essen in der Sowjetbotschaft beläuft sich auf viele Tausende Mark, die der russische Steuerzahler auszubringen hat. Nur schmeißt man häßlich und beschleiden über die Schwelgereien der Sowjetleute, nach denen sich die Vertreter der kommunistischen Presse die Finger lecken. Und kein Reichsbad ist ihnen zu heiß, um auch einmal im vertrauten Kreise an den Genüssen in der Sowjetbotschaft teilnehmen zu können.

Die Arbeit der Sachverständigen

Pariser Konferenz

SPD Paris, 13. Februar.

Im Mittelpunkt der Beratungen der Sachverständigenkonferenz steht immer noch der vom Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht begonnene Bericht über die wirtschaftliche Lage Deutschlands, insbesondere die Lohn- und Gehaltsverhältnisse der Bevölkerung. Auf die Bitten einiger Delegierten gaben Schacht und die anderen deutschen Sachverständigen mehrere Ausführungen im Zusammenhang mit einigen Punkten des letzten Berichtes des Reparationsagenten. Die Untersuchung der deutschen Leistungsfähigkeit bildet also, wie dies logischerweise von der Konferenz gar nicht anders erwartet werden konnte, den Ausgangspunkt der folgenden Arbeiten.

Über den Inhalt der Beratungen wird von allen Delegierten strenges Stillschweigen bewahrt. Um so eifriger werden natürlich Legenden verbreitet. Einer der deutschen Delegierten, Geheimrat Kästle, gab am Mittwoch vor Pressevertretern deutlich seinen Unwillen über diese Sensationsmacherei Ausdruck, zu der sich leider auch deutsche Blätter bereit finden. Kästle erklärte, daß, wenn derartige Meldungen fortbauerten, überhaupt kein Kommuniqué mehr ausgegeben werden könnte. Er spielte damit auf eine am Mittwoch von einem Berliner — natürlich rechtsstehenden — Blatt veröffentlichte Meldung an, wonach die deutsche Delegation in der Konferenz einem geschlossenen Block der Gläubigermächte gegenüberstehe, die entschlossen seien, den Tribut, den das besiegte deutsche Volk an die Sieger zu zahlen habe, möglichst hochzuschrauben. Tatsächlich sind Darstellungen dieser Art, ganz abgesehen davon, daß sie in keiner Weise der Wahrheit entsprechen, nur geeignet, die Arbeiten der Konferenz zu lähmen.

Die Aussprache innerhalb des Komitees erfolgt, wie in allen

Delegationen rühmend hervorgehoben wird, mit Anerkennungswerter Objektivität und Leidenschäftslosigkeit.

Die amtliche Mitteilung

U Paris, 13. Februar.

Über die Vormittagsitzung am Mittwoch wird folgende amtliche Verlautbarung ausgegeben: In Beantwortung der an ihn vom Sachverständigenausschuss gerichteten Aufforderung machen Dr. Schacht und die anderen Herren der deutschen Delegation Ausführungen zu gewissen Punkten der deutschen Wirtschaftslage, wie sie in dem letzten Bericht des Reparationsagenten Harter Gilbert dargelegt worden war. Einleitend verlas der Vorsitzende, Owen Young, dem Sachverständigenausschuss die Antwort des Generals Dawes auf das an ihn gerichtete Telegramm der Sachverständigen: Bestätige dankend Botschaft des Sachverständigenausschusses. Die Welt, die voll Vertrauen auf die Zuständigkeiten und die hohen Ziele der Sachverständigen blickt, erwartet voller Hoffnung die Erledigung ihrer großen Arbeit, die für die Wohlfahrt der Welt so lebenswichtig ist.

Über die Mittwochnachtsitzung der Reparationsfachverständigen, die um 5.10 Uhr beendet wurde, wurde in Ergänzung der Verlautbarung vom Vormittag folgende Mitteilung ausgegeben: Die Aussprache während der Vor- und Nachmittagsitzung betraf Fragen des Lebensstandards in Deutschland. Einzelne bestimmte Punkte der deutschen Industrie, die deutsche Handelsbilanz usw. Die einzelnen Gebiete sind noch nicht eingehend erörtert. Auch die Frage der Steuerbelastung Deutschlands im Vergleich zu den Ententestaaten ist bisher nur angedeutet und noch nicht eingehender behandelt worden. Zu einer derartigen tiefergründigen Aussprache wird die Hinzuziehung von Spezialfachverständigen notwendig sein. Unterausschüsse sind bisher noch nicht gebildet worden.

Papst und Völkerbund

SPD Genf, 13. Februar.

Die Wiedererrichtung eines weltlichen Kirchenstaates dürfte auf das Verhältnis des Papsttums zum Völkerbund — entgegen internationalen Pressemeldungen — kaum einen Einfluß haben. Bis her ist der Papst wie auch andere kirchliche Organisationen gelegentlich vom Völkerbund eingeladen worden, an Völkerbundsarbeiten, die seine Interessensphäre berühren, teilzunehmen. So beteiligte sich das Papsttum an den schwebenden Arbeiten einer Konferenz des Kalenders; Delegierte des Papsttums waren bei der Hilfsaktion des Völkerbundes für das hungernde Rußland und für die kleinstädtischen Flüchtlinge tätig. Durch einen hohen katholischen Schweizer Beamten, der gleichzeitig Sekretär der Völkerbundsversammlung des Völkerbundes ist, steht der Papst in Verbindung mit dem Völkerbundssekretariat. Ein Jesuitenpater arbeitet im Internationalen Arbeitsamt als Verbindungsmann zwischen diesem und dem Papsttum.

Die nominelle Anerkennung einer weltlichen Souveränität genügt weder juristisch noch politisch, um dem Papst einen ständigen Sitz im Völkerbund zu verschaffen, und nur ein solcher konnte für den Papst von Wert sein — zu verschaffen, ganz abgesehen davon, daß der Papst bisher nicht so leicht war, irgendwelchen Wunsch lautwerden zu lassen; seinen Ruf als Weltvermittler durch ein Hinabsteigen in die oft sehr unruhigere Tagespolitik des Völkerbundes auf Spiel zu setzen. Dagegen gibt es recht einflussreiche katholische Kreise, denen die einseitige Regelung der römischen Frage zwischen Papst und Faschismus peinlich ist und die nicht zuletzt im Hinblick auf die Möglichkeit eines Sturzes des italienischen Faschismus, in Genf präzise die Frage ventilieren, ob nicht der Völkerbund eine Garantie für die Souveränität und Unverletzbarkeit der neuen weltlichen Herrschaft des Papstes übernehmen sollte. Wie weit der Papst selbst offizielle Schritte in dieser Hinsicht unternehmen wird, ist noch nicht vorauszusagen.

Der obereschlesische Sejm aufgelöst Verhaftung des Wojwodenführers Uli

SPD Kattowitz, 13. Februar.

Am Dienstagmorgen wurde durch ein Dekret der polnischen Regierung der schlesische Sejm für aufgelöst erklärt. Im Zusammenhang damit wurde der Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes Uli verhaftet.

Die Auflösung des Sejm ist offensichtlich auf den Wojwoden zurückzuführen, der damit eine Stärkung seiner Machtposition erzielen will. Außerdem dürfte sich der Regierungsoberhaupt, der bisher im Sejm in der Minderheit war, von Neuwahlen eine für ihn günstige Wirkung versprechen.

Die deutsche Minderheit verliert durch die Verhaftung von Uli zunächst einen der tatkräftigsten Wortführer ihrer Interessen. Dieser Verlust trifft sie besonders schwer im Hinblick auf die nächste Tagung des Völkerbundes.

Wie zu den Neuwahlen hat der Wojwode das Best in den Händen. Man muß annehmen, daß er jede freie Pressefreiheit des Schrittes der Warschauer Regierung mittels der Zensurgesetzgebung unterbinden wird.

Jaleski antwortet Gröner

SPD Warschau, 13. Februar.

Ein Krakauer Blatt berichtet aus London, daß der polnische Außenminister Jaleski auf die in der „Review of Reviews“ veröffentlichten Gröner-Denkchrift demnach antwortete, und zwar habe Jaleski dem gleichen Blatt bereits eine Erklärung zur Verfügung gestellt, in der als Beweis der polnischen Friedenspolitik die Beteiligung Polens an einer Reihe von Friedens- und Sicherungspakten angeführt werde. Die polnische Regierung sei bereit, mit Deutschland, mit dem es eine Verständigung und Zusammenarbeit anstrebe, einen Vertrag abzuschließen, der die Territorialität und Unantastbarkeit beider Länder garantieren soll. Dieser Vertrag werde dazu beitragen, die deutsche öffentliche Meinung zu beruhigen.

Neuer Konflikt in der Heereskommission

SPD Warschau, 13. Februar.

Der Vorsitzende der Heereskommission des Parlaments, der Abgeordnete Koscialkowski, hat am Dienstag an den Vizevorsitzenden der Kommission, der eine Sitzung einberufen hatte, ein Schreiben geschrieben, in dem er schließt, daß das Kriegsministerium sich mit der Prüfung der auf der Tagesordnung stehenden Angelegenheit der Neuordnung der Gerichtsprozedur im Heere nicht einverstanden erklärt habe. Daher habe er, Koscialkowski, diese Frage auch niemals auf die Tagesordnung setzen lassen, und er weigerte sich, die Sitzung, die der Vizevorsitzende einberufen habe, anzuerkennen. Trotzdem fand die Sitzung statt, in der beschlossen wurde, dem Vorsitzenden Koscialkowski das Misstrauensvotum auszusprechen, sowie die Angelegenheit über den Kopf des Vorsitzenden hinweg zu verhandeln.

Die deutsch-österreichische Rechtsangleichung

Zu der letzten beendeten Strafrechtstagung berichtet der demokratische Zeitungsdiener von unrichtiger Seite, daß die österreichische Delegation sich der deutschen Auffassung angeschlossen hat, wonach bei Bestrafung wegen eines Unfalls von geringerem Grad im Falle einer Strafe von wenigstens einem Jahr Gefängnis gleichzeitig die Verkennung der Unmündigkeit durch den Strafrichter erfolgen soll. Die geringeren Vergehen sollen den Disziplinargerichten überlassen bleiben. Die Frage, ob die Verkennung des Rechtes zur Ausübung der Rechtsanwaltschaft auch durch den Strafrichter erfolgen soll, wurde verneint. Die Angelegenheit soll durch die Ehrengerichtsbank der Rechtsanwälte behandelt werden. Keine Einigung wurde erzielt über die Frage, ob der Staat entschädigungspflichtig sein soll, wenn gestohlene Sachen veräußert sind und dadurch Verluste für den Besitzer eingetreten sind. Die Verjährungsfrist der Vollstreckung von Freiheitsstrafen wurde von bisher zehn auf fünfzehn Jahre erhöht. Ferner wurde eine Einigung darüber erzielt, daß der Richter, wenn das Verbleiben eines Verurteilten in einem inländischen Gefängnis Gefahren mit sich bringt, er auf Reichsverweisung erkennen kann. Dagegen wurde die Reichsverweisung bei Angeklagten, die sich gegen die republikanische Staatsform vergangen haben, auf österreichischen Antrag hin gestrichen.

Der Wahlverzug, d. h. die Zulassung persönlicher oder wirtschaftlicher Nachteile durch Bogtoterklärung zum Zwecke der Wahlbeeinflussung wurden für strafbar erklärt. Ferner einigte man sich dahin, daß der gesetzliche Schutz, den die Freiheit der öffentlichen Wahlen und Abstimmungen genießt, grundsätzlich auch auf die entsprechenden Wahlen der öffentlich anerkannten Religionsgesellschaften ausgedehnt werden soll. In Anbetracht der bei diesen Gesellschaften bestehenden staatsrechtlichen Beziehungen wurde die endgültige Lösung dieser Frage zurückgestellt. Die Strafbarkeit von Aufreizungen gegen Dienstbefehle der Wehrmacht blieb insofern inoffen, als man sich darüber nicht einigen konnte, ob die Aufreizung im allgemeinen oder nur dann strafbar sein soll, wenn sie sich gegen einen bestimmten Dienstbefehl richtet. Einigkeit bestand darüber, daß nur dann eine strafbare Aufreizung vorliegt, wenn sie sich gegen einen objektiv rechtmäßigen Befehl richtet. Die Frage, ob die Einschließung, d. h. die an die Stelle der früheren Festungshaft getretene erleichterte Strafe, dann verhängt werden können, entstanden ist, wurde im Sinne der abschwächenden Motive entschieden. Schließlich einigte man sich dahin, daß Rechtsbeugung auch bei Mitgliedern von Schiedsgerichten strafbar sein soll. Der Begriff des Schiedsrichters soll noch genau erläutert werden. Im übrigen wurden eine große Zahl von redaktionellen Neufassungen des Gesetzentwurfs vorgenommen.

Justiz und Steuerstrafbeuge

Bei den Bauernunruhen, die im vergangenen Jahre in dem schlesischen Kreise Nimsch stattfanden, hat der ehemalige Nimmerscher von Schimpff eine besondere Rolle gespielt. Schimpff hatte zum Steuerstreik aufgefordert und war deshalb unter Anklage gestellt, aber vom Gericht erster Instanz freigesprochen worden. Von der Berufungsinstanz wurde er nun in diesen Tagen zu einem Monat Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Trotzdem braucht natürlich der Nimmerscher a. D. nicht zu brünnen. Das Gericht hatte jenseits Verständnis für die Handlungen des hehrischen Landwirts, daß es die ausgeworfene Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe von 200 Mark umwandelte. Im Haushaltsausschuss des Reichstags fand kürzlich eine Aussprache über die Steuerstrafbeuge statt. Dabei wurde von einem Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärt, auch das Finanzministerium finde die wegen der Aufforderung zum Steuerstreik gefällten Urteile oft zu milde. Das neue Urteil des schlesischen Gerichts wird bestimmt nicht dazu beitragen, die gewissenlose Hege der Landwirtsführer einzudämmen.

137 Tote in Bomban

U London, 13. Februar.

Während des Dienstags hat die Ruhe in Bomban angehalten. Die Behörden in Bomban geben die Gesamtzahl der Toten nunmehr mit 137, die der Verletzten mit 788 an. Hunderte von Personen mit kleinen Verletzungen sind in diesen Zahlen nicht eingeschlossen. Bereits 20 000 Personen haben Bomban verlassen, und die Eisenbahn und Schiffahrtsgesellschaften müssen noch immer Sonderzüge und Dampfer zur Verfügung stellen. In Lastwagen werden Nahrungsmittel in die von den Unruhen am schwersten betroffenen Gebiete gebracht und unter militärischem Schutz verkauft. Alle Telegramme unterliegen der Zensur.

Russische Perspektiven

Von D. Zenßen.

II.

Die Frage der rechten und linken Abweichung, die eine so große Rolle in der kommunistischen Partei Russlands und auch bei den übrigen Parteien der Dritten Internationale spielt, ist im Grunde die Frage der Stellung zur Bauernschaft und zur Industrialisierung Russlands. Die tatsächliche Entwicklung der russischen Agrarverhältnisse hat die früher auch von Lenin und den Menscheviki vertretene These bestätigt, daß die Verteilung des Herrenlandes an die Bauern an sich die Agrarkrise noch nicht löst. Einmal war ein großer Teil des Herrenlandes bereits in der Bewirtschaftung der Bauern, andererseits ist die Landreserve angesichts der rasch steigenden Bevölkerung nicht genügend, um die Bauern mit dem nötigen Land zu versorgen, wenn die bisherige extensive Betriebsweise beibehalten wird. Der Fortschritt der Revolution besteht in der Bewirtschaftung der Rente, die die Bauern den Grundbesitzern oder den Gutbesitzern zahlen mußten. Die Forderungen der Sozialistenschöpfung eines Obergüteramtes am Grund und Boden, die auch in das grundlegende Defizit der Volkswirtschaft überging, ist ebenfalls tatsächlich widerlegt. Wir haben heute nicht nur ein häußerliches Privatigentum, sondern umfangreiche Anwendung der Lohnarbeit auf dem Lande. Diese Differenzierung der Bauernschaft wird ja von den Bolschewiki zum Kampf gegen die Kulaken ausgenutzt. Aber in der Praxis wird jeder etwas besser wirtschaftende Bauer als Kulak bezeichnet, und in Wirklichkeit trifft dieser Kampf die ganze Bauernschaft. Der Versuch, durch Kollektivwirtschaft auf dem Lande die technische Entwicklung vorwärtszutreiben, ist gescheitert. Was Bauer bereits nachweist, ist durch die Folgebesserung bestätigt, und der neue Versuch Stalins, staatliche „Kornfabriken“ zu schaffen, wird von Jugow sachlich im Sinne Bauers kritisiert. Es ist eine heroische Utopie, wie die Arbeiterzeitung schrieb.

Der einzige Weg zur Heilung oder Milderung der Schäden geht über eine Intensionierung der Landwirtschaft, die natürlich mit einer Ausdehnung der Industrie Hand in Hand gehen muß. Woher sollen nun die Kapitalien kommen, die angelegt werden müssen. Die „Banken“ wollen die Industrie finanzieren auf Kosten der Bauernschaft. In ihnen wirkt noch die Romanik des Kriegsökonomismus nach. Es hat sich aber doch gezeigt, daß mit Gewalt weder die Produktion des Getreides zu heben ist, noch das gegen den passiven Widerstand der Bauern in einem Lande wie Rußland auf die Dauer zu regieren ist. Die Sozialrevolutionäre konnten nach dem Wahlausstand von 1918 zerplatzen. Aber vor dem Kronstädter Aufstand und der Passivität des Dorfes mußte Lenin kapitulieren. Dazu kommt noch, daß heute, verschärft durch die Schwere der bürokratischen Apparats sich wieder jene Schlangen von Hungertagen vor den Brotläden der Großstädte sammeln, die, wie die Vorgeschichte der Märzrevolution von 1917 beweist, ein ernstes Warnungssignal darstellen, wie Th. Dan mit Recht betont. Wie ist aber nun dieser Zirkel zu überwinden? Man muß einerseits ausländisches Kapital heranziehen, andererseits die Kapitalbildung im Lande fördern und endlich anstatt tölpeliger Industrie-Experimente planmäßiger die Landwirtschaft fördern, wobei die Tatsache des ländlichen Privatigentums anzuerkennen ist. Natürlich wird sich dann ein Kapitalismus mit all seinen Mängeln entwickeln, aber er wird dann eher auf die Gegenwehr des verstärkten Proletariats stoßen, und der Mehrwert wird nicht, wie heute, von dem vielfach schwärzenden Apparat verzehrt, sondern bei allem Luxus der Kapitalisten doch zum Teil akkumuliert. Die Hoffnung Lenins, durch Konzessionen fremdes Kapital nach Rußland zu ziehen unter strenger Aufsicht der Regierung, hat sich nicht erfüllt oder in der Praxis zu weitgehenden Zugeständnissen an die Kapitalisten gezwungen. Dabei hat die Ausbeutung der Konzessionen unter all den technischen und organisatorischen Schwierigkeiten zu leiden, die durch den Charakter der russischen Staatswirtschaft gegeben sind.

So verlangt auch die Lösung der ländlichen Frage eine Entnationalisierung und Entbureaucratisierung der russischen Wirtschaft und wirkliche Zugeständnisse dem Bauer gegenüber. Die Mißstände dieser Entwicklung sind wiederum nur durch politische Demokratie zu mildern, die auch dem ländlichen Arbeiter und dem Kleinbauern politische Rechte und politische Bewegungsfreiheit gewährt. Es ist eben der Grundfehler des gesamten Wirtschaftspolitiks der Bolschewiki, daß sie wirtschaftlich zu einem planlosen Rückzug durch die ökonomischen Notwendigkeiten gezwungen werden. Sie wollen aber ihre politische Diktatur nicht aufgeben und bestehen auch auf dem Mittel des Terrors, das vielmehr im Bürgerkrieg berechtigt war, aber in der jetzigen Zeit der politischen Stabilität jeden Schein politischer Notwendigkeit verliert. Das hat nun folgende verhängnisvolle politische Wirkung, die gerade aus Jugows Darstellung wiederholt sichtbar wird: der Klassen- und Gruppentyp kann sich nicht öffentlich vollziehen. So wird er nicht nur zum Personal- und Cliquenkampf, sondern die verschiedenen Gruppen kennen nicht die wahre Stärke des Gegners und können nicht planmäßig verlorenen Positionen aufgeben. So zerfällt der in die einzige gebildete Partei gebannte Kampf der Interessen und Klassen den Organismus dieser Partei selbst und beraubt die Partei ihres ursprünglich einheitlichen proletarischen Charakters. Es zeigt sich hier die gleiche Erscheinung wie beim Absolutismus des 18. Jahrhunderts und beim Konapartismus Napoleons III. Die verschiedenen Gruppen kämpfen am Hofe um den Einfluß auf die leitenden Personen; aber große Verschiebungen können sich nur auf dem Wege revolutionärer oder reaktionärer Erschütterungen durchsetzen. Hier liegt nun die Gefahr, die die heutige Wirtschaftslage dem bolschewistischen Regime bringt. Jugow unterstreicht und aktualisiert jene Perspektive, die schon Kautsky 1919 in „Terrorismus und Kommunismus“ stellte: Entweder vollzieht der Bolschewismus einen planmäßigen ökonomischen und politischen Rückzug, oder aber es ist die Gefahr des Abfalls der Bauern und der Passivität der Arbeiter, so daß die großen wirtschaftlichen Störungen oder auswärtigen Verwicklungen die Gefahr eines reaktionären Staatsstreiches droht.

Beide Gefahren sind heute vorhanden. Die Haltung gegenüber Trotski beweist, daß Stalin seine Diktatur aufrechtzuerhalten will. Sollte auch Bucharin entlassen werden, so bedeutet das eine weitere Schwächung der Basis dieser Diktatur. Durch den Druck der Opposition der Trotskisten wurde andererseits Stalin gezwungen, in ökonomischen Dingen einen Linkskurs zu führen, der wiederum die Bauernmassen erbittert muß. Seine Neigung, der wirtschaftlichen Entwicklung Russlands Rechnung zu tragen, wird immer wieder durch die Opposition derer durchkreuzt, die als alte Revolutionäre nicht zugeben wollen, daß die Stunde dem Kapitalismus gehört. Andererseits kann auch ein Rechtskurs mit Teilungsgeständnissen und ohne Befreiung der Arbeiterklasse nur dazu führen, dem Kapital Konzessionen zu machen und die Arbeiter waffenlos ihm auszuliefern, ohne wirklich einen Weg aus der Sackgasse zu zeigen.

Was ist bei dieser traurigen Perspektive die Pflicht des internationalen Proletariats? Verhinderung der Intervention kapitalistischer Mächte in Sowjetrußland, aber auch Kritik einer fehlerhaften Außenpolitik der Bolschewiki. Vor allem moralische Unterstützung der russischen Sozialdemokratie und scharfe, aber sachliche Kritik an der Wirtschaftspolitik der russischen Regierung und der ihr anhängenden falschen Perspektiven. Eine solche Kritik ist um so notwendiger, da die russischen Erfahrungen gegen den Sozialismus im allgemeinen ausgerenkt werden. Dabei ist für den Theoretiker und auch für den Praktiker aus den russischen Erfahrungen viel zu lernen. Ist, wie Jugow betont, die russische Auffassung einer Wirtschaft in Rußland eine Utopie, die der Welt nicht nützt, so ist doch wenigstens das Unternehmen des Wirtschaftsausschusses für die Sozialistische Bewegung in Westeuropa theoretisch

Geldverschleuderung im „Notjahr“

Rüstungsausgaben im Verkehrsetat

Ein Dokument dafür, daß sozialdemokratische Minister, in einer Koalitionsregierung mit den Vertretern der Bourgeoisie, trotz ihres guten Willens, die Mißwirtschaft, die mit den Steuergeldern getrieben wird, nicht beseitigen können, ist der diesjährige Etat. In einem Artikel des Karlsruher Volksfreundes, einem Parteiblatt also, das stets die Notwendigkeit der Teilnahme der Sozialdemokratie an einer Koalition damit begründet hat, daß die Arbeiter heute keine Machtposition auszuhebeln dürften, wird der Etat des Verkehrsministeriums, der die Genehmigung des sozialdemokratisch-bürgerlichen Kabinetts erhalten hat, einer näheren Betrachtung unterzogen. Aus ihm geht hervor, moher — zu einem Teil wenigstens — die Mittel für verbotene Zwecke fließen, für die besonders die militärischen Kreise ein so starkes Interesse haben. Aus ihm geht aber auch hervor, daß die „Machtpositionen“ nicht stark genug sind, um diese Mißwirtschaft beseitigen zu können. Die Redaktion der W.

Jeder Etat eines Landes oder des Reichs hat seine besonderen Geheimnisse. Wer von außen her in einen solchen hineinschaut, dem ergeht es ähnlich wie einem Forschungsreisenden. Immer wieder stößt er auf besondere Eigenarten, die ihm Rätsel zu lösen aufgeben und wenn er dabei gar mit den Jünglingen in einen Diskurs darüber gerät, ob der Etat in dieser oder jener Beziehung eine Art Geheimwissenschaft darstellt, dann wird ihm ein Versteinen davon gelungen, wie gut es sei, an den Dingen nicht zu rühren. Was man nicht kennt, darüber soll man nicht sprechen, es genügt ja, wenn im Reichstag drei, vier oder sechs Leute wissen, was hinter dem Etat eines Ministeriums steht. Es scheint nicht nötig zu sein, daß so ein Etat Rechtlichkeit schafft und daß aus ihm jeder, der sich dafür interessiert, herauslesen kann, was geht und steht.

Aus dieser Situation erklärt sich wohl auch der Zustand, daß die Etats verschiedener Ministerien auf der lächlichen Ausgabe Seite außerordentlich stark auf dem Dotationshöhen aufgebaut sind, d. h. für die einzelnen Ausgabegebiete erscheinen auf der Ausgabe Seite die Beträge, die nach Abzug der geschätzten Einnahmen als Zuschuß zur Ausbalancierung der Wirtschaftszweige nötig sind. Um der Forderung nach einer besseren Klarstellung des Etats wenigstens einigermaßen nachzukommen, wird neuerdings in den Erläuterungen mitgeteilt, wie hoch sich die Vertriebs-einnahmen schätzen lassen. Da nun die Methode stark in Anwendung ist, möglichst viele, sachlich oft gar nicht zusammengehörnde Etatspositionen auszuzeichnen, und da die in einem Jahre bewilligten außerordentlichen Mittel mehrere Jahre zur Verfügung stehen, also die Fondsbildung ermöglichen, reichen die nur in den Erläuterungen für die Einnahmen gegebenen Nachweisungen nicht aus, um prüfen zu können, ob nicht auch die Einnahmen der Nebenstellen erhöht und damit das Zuschußbedürfnis und letzten Endes das Defizit des Gesamtetats gemindert werden kann.

Der Etat des Reichsverkehrsministeriums für 1929 weist eine Steigerung der Einnahmen von 6,1 Millionen, das Zuschußbedürfnis ist aber um 22,7 Millionen geblieben — in diesem Notjahr. Die Ausgaben im ordentlichen Haushalt gehen von 175 auf 188 Millionen in die Höhe, im außerordentlichen Haushalt von 49,3 auf 73,9 Millionen. In wichtigen Partien des Etats ist eine Vergleichung der Aufwände mit jenen früherer Jahre nicht ohne weiteres möglich, weil zur Erzielung einer größeren Haushaltsskizze die Annahme neu geordnet wurden. Dabei wurden veranschlagt Budgetmittel, die bisher unter der Rubrik: Einmalige Ausgaben angefordert, trotzdem aber jedes Jahr wieder zu lesen waren, auf die fortwährenden Ausgaben „übernommen“. Bei den fortwährenden Ausgaben sind die bisher größtenteils in Sammelfonds, veranschlagten Mittel in Einzelstellen aufgeteilt, um der Forderung nach klarerer Uebersicht Geltung zu verschaffen. Gleichwohl bleibt noch viel zu tun übrig,

zu lernen. Allerdings ist gerade diese Planwirtschafts-Untersuchung ein Beleg für die utopistische Einstellung der leninistischen Theorie. So zeigt uns die Betrachtung der wirtschaftspolitischen Entwicklung der Sowjetunion aus neuem bürgerlichen Grundcharakter der russischen Revolution. Die Bolschewiki waren sozusagen die Jakobiner Russlands. Sie führten die Bauern und Arbeitermassen zum Kampf, bereiteten aber objektiv dem Bauerntum und dem Kapitalismus den Boden. Das heißt nicht, daß die Arbeiter widerstandslos nun die Schreden des Frühkapitalismus über sich ergehen lassen sollen, und daß es nicht möglich ist, die Entwicklung im einzelnen zweckmäßiger zu gestalten. Den Marginalen fällt hier durch theoretische Aufklärung und politisches Handeln die Aufgabe zu, die Geburtswehen abzukürzen“. Aber der Bolschewismus hat sowohl durch seine utopischen Hoffnungen als auch durch die staatskapitalistische Wirklichkeit das alte Wort von Marx bestätigt, daß man eine Epoche nicht überspringen oder wegdekretieren kann. Diese Einsicht ist schmerzlich, aber nicht gegenrevolutionär. Objektiv gegenrevolutionär wirkt eine Bekämpfung dieser Wahrheit und eine Fesselung der Produktivkräfte durch Ueberbureaucratisierung, wie es die augenblickliche russische Wirtschaft darstellt. Aufgabe der Arbeiter Westeuropas ist es heute, zu ihrem Teile dazu beizutragen, daß der notwendige ökonomisch-politische Umchwung ohne weiße Reaktion erfolgt, damit das Proletariat im russischen Kapitalismus jede Kraft entsalten kann, die ihm nach Revolution, Bürgerkrieg und Unterwerfung durch den Staatsapparat noch geblieben ist. Das verlangt nicht nur das Interesse der russischen Arbeiterschaft, sondern in erhöhtem Maße das Interesse der Internationalen. Ein weißes Rußland wäre ein Hort der Reaktion, der Unruhe und eine Reaktion in den Formen der alten Gegenrevolution ein Schlag sowohl gegen den Sozialismus als auch eine Stärkung des Faschismus und des westeuropäischen Imperialismus, der seine Hände dabei sicher im Spiele haben dürfte.

Trotski in Konstantinopel?

SPD Konstantinopel, 13. Februar.

Die Blätter melden, daß Trotski am Dienstagabend unter einem Geheimnamen auf einem Delfia-Dampfer in Stambul eingetroffen ist und sich zur Zeit in Konstantinopel befindet. Wo er sich hier aufhält, ist ebenfalls nicht bekannt. Es verlautet jedoch, daß er von der Kriminalpolizei sehr sorgsam beobachtet wird. Auch über die weiteren Pläne Trotskis verlautet nichts.

Das Dementi

II Rowno, 13. Februar.

Wie aus Moskau gemeldet wird, werden alle Anzeigen beim Hauptvolkswirtschaftsamt der Partei und beim Hauptkontraktbüreau über den Verbleib Trotskis dahin beantwortet, daß die Gerüchte über Trotskis Eintreffen in Konstantinopel jeder Grundlage entbehren. Trotski habe sich nach wie vor in der Sowjetunion auf.

bis dieses Ziel völlig erreicht ist. Die in vielen Etatspositionen angelegte Bemerkung, „Einnahmen und Einnahmen...“ läßt für die Art der Verwendung der verfügbaren Mittel noch mancherlei Freiheiten zu, die mit den budgetären Grundforderungen in Widerspruch stehen.

Die Frage, weshalb das Reich dann eigentlich einen Reichswasserbeschuh unterhält und hierfür jährlich über 4 Millionen aufwendet, sollte angesichts der Geldklemme des Reiches neu zur Diskussion gestellt werden. Die Polizeidirektion steht immer noch den Ländern zu; diese haben auch die Strompolizei zu stellen. Warum nun daneben das Reich auf den preussischen Strömen und Flüssen auch noch eine Reichspolizei herumzubehalten läßt, ist nicht einzusehen. Der Dienst für die Klaffen- und Seepolizei könnte sehr wohl von der Marine übernommen werden.

Die Belastung des Reiches durch die Fliegererei hat die Grenze des Erträglichkeit weit überschritten. Berücksichtigt man, was außerdem noch die Länder und die Städte für die Luftfahrt opfern müssen, um im Luftfahrt-dienst nicht vernachlässigt zu werden, dann kann man wohl sagen, die Fliegererei drückt ganz gewiß auf die Taschen der Steuerzahler. Für die Flugsicherung entstehen dem Reich 1 788 000 Mark Ausgaben. Auf dieser Position werden die Aufwendungen für die Feuererlei und für die Kontrolle des Flugweizens verrechnet. Die Alimentierung des Motoren- und des Flugzeugbaues sowie die Fliegererei verursacht eine jährliche Ausgabe von 43 496 000 Mark. Die einmalige Ausgabe für diesen Zweck sollen noch 13 300 000 Mark bewilligt werden.

An Subventionen für den Flugzeugbau sollen 5,2 Millionen aufgewendet werden. In früheren Jahren waren die hierfür aufgewendeten Summen mitunter noch höher. Dabei sind die Flugzeugfabriken meist notleidend, obwohl das Reich für Sanierungen schon recht viel Geld aufgewandt hat. Diese Erfahrung lehrt uns, wie unzuverlässig die Methoden sind, mit denen das Reich die Fliegererei unterstützt. Für die Förderung des Flugmotorenbauers sind 1,6 Millionen angefordert. Dabei wird in parlamentarischen Kreisen erzählt, es seien mitunter vom Reich für Motoren, die einen Herstellungswert von 9500 Mark verursachten, 20 000 Mark gezahlt worden. Zur Erhaltung der Luftfahrtindustrie sollen außerdem noch 8,2 Millionen, und an die Zeppelinwerke 4,6 Millionen gegeben werden.

Ganz schlimm steht es mit der Erfüllung der Fonds für die vorgeschlagenen Zwecke aus, über die der Etat einen Aufschub nicht gibt. Was man über die Verwendung derselben hört, klingt auch nicht angenehm.

Weil wir es uns leisten können, muß auch eine neue Versuchsanstalt für Luftfahrt gebaut werden. 12 Millionen kostet diese. In den Jahren 1926 und 1927 wurden hierfür je eine Million, 1928 nichts angefordert. Im neuen Etat, der ein Defizit von 1,2 Millionen bewilligt werden. Darüber hinaus ist keine Bewilligung zu erwarten. Der jährliche Verwaltungsaufwand beläuft sich für dieses Institut auf 1,6 Millionen; für Forschungsaufträge erwachsen außerdem noch 820 000 Mark Ausgaben.

Die Luftkajana soll sich im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie bei ihr die Verhältnisse liegen, nicht zu tun, was im Etat für 1930 zu sehen sein wird, sofern sich im Reichsverkehrsministerium kein Kurswechsel vollzieht. Schließlich ist auch noch die Frage auszuwerfen, ob es nicht ist, daß für das Reich so wie es ist im Jahre 1929 mit einem Reichsaufschuß von 1,2 Millionen im Vorjahr beschreiben. Das wird die, wie

Der Kampf der Straßenbahner

Ein Rückblick

Das Werkstättenpersonal der Großen Leipziger Straßenbahn zählt nur 1800 Köpfe. Wäre die Belegschaft irgendeines anderen Leipziger Betriebes — ob Maschinenfabrik, ob Textil- oder Holzbetrieb — mit einer gleich starken oder sogar noch größeren Anzahl von Arbeitern in den Streik getreten, die Allgemeinheit hätte kaum Notiz davon genommen. Die Kleinsten kämpfte seit einem Jahre, an denen Tausende, ja Hunderttausende als Streikende oder Ausgangspunkte abgeklärte. Ueber die Situation im Leipziger Werkstättenarbeits-Streik aber haben sämtliche Leipziger Zeitungen täglich ipalantlang berichtet.

Warum? Weil die Auswirkungen dieses Kampfes ganz besonderer Art waren, weil Hunderttausende milderbemittelte Leipziger Einwohner von dem Kampfe unmittelbar betroffen wurden, dadurch Schaden erlitten. Deshalb kommt auch der Streik um die Schulfrage

nicht zur Ruhe. Es kann keiner Arbeitergruppe — wenn von ihr auch, wie in diesem Falle, der Straßenbahnverkehr abhängt, oder wenn ihr eine sogenannte lebenswichtige Wirtschaftsfunktion obliegt — zugemutet werden, auf die Verbesserung ihrer Lebenshaltung zu verzichten. Eine derart im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehende Arbeitergruppe wird aber — besonders in einer Zeit, in der ihre Funktion von besonderer Wichtigkeit ist — den Weg der Verhandlungen beschreiten und solange gehen, wie für sie nicht die Gefahr besteht, aufs äusserste benachteiligt zu werden.

Nachweisbare Verhandlungsangebote der Werkstättenarbeiter vom 29. Dezember, 11. Januar und 16. Januar haben bewiesen, daß auch die Werkstättenarbeiterbewegung den Verhandlungsweg gehen sollte. Die volle Verantwortung für den Schaden, welchen die Stadt erlitt und der der arbeitenden Bevölkerung Leipzigs zugefügt wurde,

weil der Verhandlungsweg zu keinem Erfolg führte, fällt in erster Linie auf den Rat der Stadt Leipzig mit seinem arbeiterfeindlichen, um so mehr aber hausbesitzerfeindlichen Oberbürgermeister an der Spitze. Der Arbeitgeberverband Sächsischer Gemeinden folgt erst an zweiter Stelle. Denn der Rat hat in der Stadterordnetenversammlung vom 8. Februar gar nicht erst den Beweis zu erbringen versucht, daß sein Vertreter im Arbeitgeberverband, Dr. Böhm, für rechtzeitige Verhandlungen eingetreten wäre. Selbst wenn es anders wäre, trüge der Rat, wie er auch jagte, allein die Verantwortung für die Stilllegung der Straßenbahn. Auf die Frage, warum der Betrieb nicht mindestens bis zum Montagmittag aufrechterhalten wurde, blieb der Rat die Antwort schuldig. Man muß ihm um so mehr den Vorwurf der vorsätzlichen Sabotage machen, als nun am Sonntagmorgen der Fahrbetrieb eröffnet worden ist, ohne daß die Werkstättenarbeiter die Arbeit schon wieder aufgenommen hätten.

Die plötzliche Stilllegung war also nicht notwendig. Man kann nur annehmen, daß der Rat damit bezweckte, die Werkstättenarbeiter in Gegensatz zu bringen zu der auf die Straßenbahn angewiesenen Einwohnerschaft. Die provozierenden Ausführungen Dr. Böhmes in der Stadterordnetenversammlung gegen die Werkstättenarbeiter bestätigen diese Absicht durchaus.

Warum war es nicht möglich, die Zulagen, die die Werkstättenarbeiter nun erhalten, im Verlaufe rechtzeitig geführter Verhandlungen, vor Ablauf des Lohnabkommens anzukündigen? Wenn ein solches Angebot erfolgt wäre, so hätte es trotz Sächsischer Arbeiter-Zeitung keine Streikmehrheit gegeben und der Schaden für die Stadt und die Einwohnerschaft wäre vermieden worden. Leipzigs minderbemittelte Bevölkerung, ganz gleich, ob es sich um Arbeiter, Angestellte oder Beamte oder auch um Berufslöse handelt, hat am 17. November dieses Jahres die Möglichkeit, bei den Stadterordneten wählen zu lassen dem Rat und den bürgerlichen Parteien, welche hinter ihm stehen, zu antworten.

Die gleiche Antwort, die der Rat erhalten und die in der Ausgabe eines Stimmezettels für die Sozialdemokratie besetzen muß, müssen auch die kommunistischen Parolenblätter erhalten.

Die kommunistische Presse hat während des Kampfes nichts anderes gesagt, als mit den gewohnten Schimpfereien über die gewerkschaftliche Führung herzuwölfen. Sie hat sich weidlich bemüht, Zersplitterung in die Reihen der Straßenbahner zu tragen. Am 11. Februar hat die Sächsische Arbeiter-Zeitung gar noch den traurigen Mut gehabt, zu demangehen, daß bei manchen Abstimmungen lediglich die freigewerkschaftlich Organisierten — in den Versammlungen der freien Gewerkschaften! — zu den Abstimmungen zugelassen worden sind. Die SZ lagte, daß die „Unorganisierten“ bzw. andere Organisierten keine Möglichkeit hätten, an der Abstimmung des Fahrpersonals teilzunehmen. Die SZ hat die Unerschämtheit, zu behaupten, daß „die Ausschaltung der Unorganisierten“ für die „Gewerkschaftsbureaukratie“ die Vereitelung der Gefahr bedeutete, daß das „geschlossene Auftreten von Organisierten und Unorganisierten die Streikabwägung verhindert oder zum Mindesten erschwert“. Aus dem Rauberwortschlag der SZ in ein verständliches Deutsch übersetzt bedeutet das:

Die freigewerkschaftlich Organisierten die gegen das Weiterkämpfen ständen, hätten der Rückenstärkung durch den revolutionären Plan der Unorganisierten bedurft.

Kein Freigewerkschafter kann sich das bieten lassen. Wenn die SPD die Partei der Unorganisierten sein will, so soll sie es sein.

Inzwischen haben die Leipziger Metallarbeiter, wie bereits berichtet, bei Gelegenheit der Wahlen zur großen Ortsverwaltung,

deutlich zum Ausdruck gebracht, wie sie das arbeiterfeindliche Treiben der Kommunisten beurteilen.

Am 17. November muß die Gesamtarbeiterheit Leipzigs, müssen alle proletarischen Elemente dem Rat und der SPD ausgleich die Diktatur ausstellen.

Wenn so die Lehre aus dem Kampf der Straßenbahner gezogen wird, ist die Gewähr gegeben, daß in Leipzig über kurz oder lang die Rechte-Mehrheit durch eine wirkliche rote Mehrheit abgelöst wird. Dann wird die schaffende Bevölkerung Leipzigs vor ähnlichen Schädigungen, wie sie ihr jetzt der Straßenkampf zugefügt hat, sicher bewahrt bleiben.

Die Abstimmung der Gemeindearbeiter

Die Leipziger Gemeindearbeiter haben die Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs beendet. Von 5036 Abstimmungsberechtigten haben sich nach den fast vollständigen Meldungen 3834 an der Abstimmung beteiligt. 57 Stimmen waren ungültig. Es stimmten:

für Annahme 1578

für Ablehnung 2198

Eine Mehrheit der Abstimmenden war also für Ablehnung; diese Mehrheit war aber nicht auch eine Mehrheit der Abstimmungsberechtigten. Bei den Sächsischen Elektrizitätswerken allein wurden von 461 Beschäftigten 356 Stimmen abgegeben. 8 davon waren ungültig. 252 gültige Stimmen wurden für Ablehnung, 76 für Annahme abgegeben. Von der Gesamtschicht entfielen sich demnach knapp 55 Prozent für die Ablehnung. Bei der Abstimmung kam also nicht die Einstimmigkeit der Ablehnung zustande, die vorige Woche ein uns vom Betriebsrat mit geteilter Bericht von zwei Belegschaftsversammlungen feststellte.



Heute

19 Uhr erscheinen im Volkshaus alle Generalversammlungsvertreter

des DMB

Keiner darf fehlen! Mitgliedsbuch und Ausweis mitbringen!



„Schandpruch gegen die Solinger Metallarbeiter“

Wir lasen in diesen Tagen in der Röllischen Zeitung, daß für die Stahlwarenindustrie des Solinger Industriebezirks ein Schiedsspruch gefällt worden sei mit den Stimmen sowohl der Unternehmer wie auch der Arbeitervertreter im Schlichtungsausschuß. Uns hat diese Meldung sehr verwundert, weil wir genau wissen, daß die Solinger Unternehmer sehr wenig bewilligungsfreudig und andererseits die Solinger Metallarbeiter unter kommunistischer Führung nicht gerade leicht zum Verzicht auf Forderungen geneigt sind. Nun bestätigt die SZ den Vorgang in einer Notiz unter obiger Überschrift und fügt hinzu, was zu betonen ihr auch sehr schwer fallen würde, daß die Arbeitervertreter unter kommunistischer Führung diesen „Schandpruch“ der die 52stündige Arbeitswoche festlegt, abschlossen. Nicht nur 52 Stunden sollen unter Zustimmung kommunistischer Führer die Solinger Arbeiter pro Woche arbeiten, sie sollen auch die über 48 Stunden hinausgehenden vier Mehrarbeitsstunden nicht als Mehrstunden vergütet bekommen.

Die SPD hat Pech in Solingen. Vor etwa anderthalb Jahren schloß die SPD den damaligen kommunistischen zweiten Belegschaftsdirektoren des DMB in Solingen aus, weil er die Metallarbeiter „verriet“. Vor kurzem wurde in Solingen der frühere erste Belegschaftsdirektor des DMB, Walter Kautebach, der allem Anschein nach wieder Anwärter für denselben Posten sein sollte, als „Liquidator“ aus der Partei ausgeschlossen. Und nun berichtet die SZ, daß der derzeitige erste Belegschaftsdirektor des DMB in Solingen, der an dem „Schandpruch“ teil hatte, ebenfalls ausgeschlossen wurde. Drei Ausstufungsführer des Gewerkschafts der SPD hinterließen! Das ist ein bißchen viel. Liegt das nun an den Ausgeschlossenen oder liegt es nicht vielmehr an der Un durchführbarkeit der kommunistischen Gewerkschaftspolitik? Wir, die wir die drei Ausgeschlossenen genau kennen, behaupten das letztere.

Immer mehr Arbeitslose

Bericht für die Woche vom 4.—9. Februar

Im Berlin, 13. Februar.

Der ungewöhnlich strenge und anhaltende Winter hat auf den ohnehin geschwächten Arbeitsmarkt den ungünstigsten Einfluß auszuüben greift nicht nur tiefer in die leitenden Berufsarten ein, sondern erweitert ihren Kreis noch fähig. Die Arbeiterarbeiten liegen fast völlig still, sogar Abraumbetriebe im Braunkohlenbergbau sind geschlossen. Holz- und Metallindustrie leiden unter der langen Arbeiterruhe im Bergwerke. Schneewerzungen verhindern Holzschlag und Holzabfuhr. Durch die Vereisung der Wasserstraßen ruht nicht nur Schifffahrt und Hafenverkehr, sondern vielfach auch der Transport unentbehrlicher Rohstoffe. So liegt die Arbeitslosigkeit in der Berichtswoche wieder stärker als in der Vorwoche an.

Schiedsgericht für Textilindustrie

Die Textilindustriellen haben die von ihnen nachgesuchte Antwort auf ihren Schiedsgerichtsvorschlag von den Textilarbeiterorganisationen am Mittwoch erhalten. Die Arbeiterverbände haben den Schiedsgerichtsvorschlag nicht direkt abgelehnt, sondern eine Reihe von Änderungen des Vorschlags gefordert, die ihn erst zu einem brauchbaren Verhandlungswerkzeug machen. Der Kern des Gegenvorschlags der Textilarbeiterorganisationen besteht darin, daß das Schiedsgerichtsverfahren im Sinne der Schlichtungsordnung vor sich gehen soll. Die Textilarbeiter wollen keine rechtliche Ausschaltung des staatlichen Schlichtungswesens. Sie fordern deshalb vor allem, daß der Vorsitzende des Schiedsgerichts vom Reichsarbeitsminister ernannt werde. Komme es zu keiner Einigung, dann müsse die zuständige amtliche Stelle über die Verbindlichkeit des Spruches entscheiden.

Der Arbeitgeberverband der Deutschen Textilindustrie hat auf die Forderung der Textilarbeiterorganisationen, die Einzelheiten des Verfahrens in einer besonderen kleinen Kommission zu regeln, bereits geantwortet. Er ist bereit, am Freitag darüber mit den Arbeitervertretern zu verhandeln.

Severing in Eifen

Von unterrichteter Seite wird der Telefon mitgeteilt: Zwischen den Vertragsparteien in der nordwestlichen Eisenindustrie waren über die Auslegung des Schiedsgerichts des Reichsarbeitsministers Severing vom 21. Dezember 1928 Meinungsverschiedenheiten entstanden, zu deren Beilegung nach den Bestimmungen des Rahmenarbeits Anhangs Januar ein Schiedsamt zu schaffen vorgeschlagen war. Da eine Einigung nicht zustande kam, so wurde, wieder den Bestimmungen des Rahmenarbeits folgend, ein unparteilicher Vorsitzender in der Person des Reichsinnenministers hinzugezogen. In der ersten Sitzung dieses Schiedsaussschusses am 5. Januar wurde eine Reihe von Meinungsverschiedenheiten beigelegt. Es blieb noch zu entscheiden, was unter den „sorgfältigen tariflichen Zulagen“ zu verstehen sei, die von der Lohnregelung vom 21. Dezember 1928 nicht berührt werden sollten; ferner, in welchem Umfang die Arbeitszeitverlängerung durchzuführen sei bei den Arbeitern, die bis zum Schiedspruch vom 12. Dezember 60 Stunden gearbeitet hatten; weiter, ob und wie die Arbeitszeit auf eine Doppelwoche verteilt werden könnte; und endlich, wie ein weiterer Schutz der Arbeiter in den Belzereien durchzuführen werden könnte, die in den Bestimmungen des Schiedspruchs nicht mit aufgeführt waren. Auch diese rechtlichen Fragen sind durch den gestern in Eifen tagenden Schiedsaussschuß teils auf dem Wege der Vereinbarung, teils durch Mehrheitsbeschluß des Schiedsaussschusses entschieden worden.

Starker Bitterungs-Anschlag im Osten

Schneeschmelze und Heberschwemmungen in der Krim

Im Romo, 14. Februar.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat in der Krim nach einer für die dortigen klimatischen Verhältnisse sehr seltenen Kälte warmes Frühlingswetter eingeleitet. Infolge der starken Schneeschmelze wird mit großen Heberschwemmungen gerechnet.

Fünffache Bluttat und Selbstmord

Im Bünden, 13. Februar.

Heute nachmittags drang hier, wie der „Oberflöschle Wanderer“ berichtet, der schon seit längerer Zeit mit seiner Ehefrau in Scheidung lebende 33 Jahre alte Arbeitslose Wons in die Wohnung des Nachbarn, in der sich keine Frau aufhielt, und feuerte acht Schüsse auf die ahnungslosen Anwesenden ab. Seine Frau und vier weitere Personen wurden schwer verletzt. Mit dem letzten Schuß tötete dann der Täter sich selbst. Die fünf Schwerverletzten wurden ins Krankenhaus gebracht, und man befürchtet, daß einige nicht mit dem Leben davonkommen werden.

In der Schule von einem Mitschüler erschossen

Im Hamburg, 13. Februar.

Dem „Hamburger Echo“ zufolge erschoss in Altona heute vormittag in einer Knabenmittelschule der Schüler Gold aus der 4. Klasse seinen Schulkameraden May mit einem Leasing. Die Schüler waren infolge des Vorfalls so aufgeregt, daß der Schulunterricht geschlossen werden mußte. Ob Fahrlässigkeit vorliegt, muß die Untersuchung ergeben.

Bei der Arbeit verunglückt

Im Barmen, 13. Februar.

Auf Flöz I der Zeche Neumühl ging heute 13.30 Uhr eine Rutsche zu Bruch. Dabei wurden drei Bergleute verschüttet, die aller Wahrscheinlichkeit nach sämtlich tot sind. Einer wurde bereits als Leiche geborgen.

Im Wittenberg, 14. Februar.

Auf den Städtischen Werken Vierterich ereigneten zwei Arbeiter beim Reinigen eines Kessels. Die Rettungsarbeiten waren sehr schwierig und zeitraubend, so daß der Tod bei beiden bereits eingetreten war, als sie endlich geborgen wurden. Von den Rettungsmannschaften mußten fünf Arbeiter, die ebenfalls Gasvergiftungen erlitten hatten, in ärztliche Behandlung gegeben.

Im Warfchau, 13. Februar.

Wie aus Wosen gemeldet wird, ist dort bei der Reparatur einer Gasleitung im Akademiegebäude eine schwere Explosion erfolgt, durch die zehn Arbeiter verletzt wurden.

Warnung!

Eine skrupellose Firma versucht, unter Mißbrauch meines gesetzlich geschützten Warenzeichens „Krügerol“, das Publikum zu täuschen. Sie hat sich nicht gescheut, ein, in Gestalt und Farbe ähnlich aussehendes Bonbon, welches nicht von mir herkommt, als „Krügerol“ zu verkaufen. Ich warne vor Ankauf Nicht die Farbe und das Fasson bürgt für die Echtheit, sondern der orangefarbige Original-Beutel. Gegen die Firma ist Klage erhoben. Es liegt die Möglichkeit vor, daß diese Firma — die sich auch als Grossist bezeichnet — mit ihrem Angebot in diesem Fabrikat auch an die übrige Kaufmannschaft herantritt. Ich möchte deshalb ausdrücklich darauf aufmerksam machen, daß nicht nur eine gegen die guten Sitten verstößende Lieferfirma, sondern auch der Weiterverkäufer schadenersatzpflichtig ist. Man weise deshalb alle unter ähnlich klingendem Namen oder unter anderen Täuschungsabsichten herausgegebenen Hustenmittel energisch zurück. Oft werden solche Erzeugnisse als „ebensogut“ angeboten, obgleich sie minderwertig sind. Sie stellen meistens nur schlechschmeckende u. unwirksame Nachahmungen dar. Man fordere bei Husten, Heiserkeit, Verschleimung etc. die millionenfach bewährten, 15000fach glänzend begutachteten vollendeten

„Krügerol“-Katarrh-Bonbons

mit dem antiseptisch und anregend wirkenden Zusatz — Diese sind die Besten

Richard Krüger, Leipzig

Niemals lose ausgewogen!

Sächsische Angelegenheiten
Die „Erwerbslosendemonstration“ der Kommunisten
Dichtung und Wahrheit über Vorgänge im Landtag

Wie wir bereits in unserem Verhandlungsbericht mitgeteilt haben, wurde die letzte Sitzung des Sächsischen Landtages am vergangenen Dienstag zweimal durch Juristen von Tribünenbesuchern unterbrochen. Anlässlich der Etatdebatte hielten die kommunistischen Abgeordneten — wie auch schon in vielen anderen Parlamenten — einige ihrer Anhänger auf die Tribüne kommandiert. Allerdings war das ganze Unternehmen sehr flüchtig ausgefallen. Bestenfalls litt auch diese Demonstration unter der allzu großen Kälte, jedenfalls waren nur sechs bis acht Erwerbslose dem kommunistischen Befehl gefolgt. Diese Leute machten einige Zwischenrufe, zwei von ihnen kläfschten nach der Rede ihres Parteifreundes Renner Beifall — das war alles. Die Leute selbst waren von dem Ausgang ihres Unternehmens schwer enttäuscht. Wir konnten beobachten, wie drei von ihnen nach der Räumung der Tribünen im Korridor des Landtagsgebäudes auf einen der kommunistischen Abgeordneten einredeten und ihm während auseinanderzehen, daß das doch gar keine Demonstration gewesen sei, daß man so etwas ganz anders vorbereiten müßte, daß dann viel mehr hätten kommen müssen usw. Jener, der die Dinge mitteilt hat, konnte nur die lächerliche Zeit des ganzen Unternehmens feststellen.

Das hindert natürlich die kommunistischen Zeitungen nicht, nunmehr in dreispaltigen Leberschriften und ellenlangen Artikeln über diese „Erwerbslosendemonstrationen“ zu berichten und dabei den ganzen Vorfall in einer einfach grotesken Weise aufzubauhen. Genau das hatten wir erwartet. Die Sache im Landtag diente ja nur dazu, einen interessanten Stoff für die Presse zu gewinnen und die Leiter von den peinlichen Vorgängen in der kommunistischen Partei abzulenken. Daß die ganze Wut der kommunistischen Artikelschreiber wieder auf die Sozialdemokratie gerichtet ist, versteht sich dabei von selbst. Beschwiegen wird natürlich, daß unsere Genossen gegen die Räumung der Tribünen durch lebhaften Zwischenruf protestierten, weil dadurch dem Vorfall eine viel zu große Bedeutung beigegeben wurde, und daß sie auch für die Wiedereröffnung der Tribünen stimmten.

So sieht man, daß die kommunistische „Berichterstattung“ wie überall, so auch hier, in kraßem Widerspruch zur Wahrheit steht. Man hätte tatsächlich den Wunsch, alle kommunistischen Anhänger könnten einmal das Verhalten ihrer Vertreter im Parlament aus eigener Anschauung kennenlernen. Wir glauben, daß sie schon durch die Beobachtung einer einzigen Sitzung von manchen Illusionen über ihre „Führer“ befreit würden. Da das leider nicht möglich ist, schwärzen die kommunistischen Zeitungen lustig weiter und machen aus einer elenden Komödie von sechs mißbrauchten Arbeitern eine wichtige Demonstration.

Keine Besserung auf dem sächsischen Arbeitsmarkt
Über 220 000 unterstützte Erwerbslose

Ende Januar 1929 waren im Bezirk des Landesarbeitsamts Sachsen nahezu 1/4 Million unterstützte Arbeitslose vorhanden, und zwar 172 586 = 132 235 männliche und 40 351 weibliche Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung, 11 305 = 9047 männliche und 2258 weibliche Hauptunterstützungsempfänger der Krisenunterstützung sowie am 21. Januar in der Sonderfürsorge bei berufsunfähiger Arbeitslosigkeit 38 443 = 36 265 männliche und 2188 weibliche Hauptunterstützungsempfänger; die genaue Gesamtzahl der Unterstützten beläuft sich somit auf 222 285 Personen. Am gleichen Zeitpunkt im Vorjahr betrug die Gesamtzahl der Unterstützten 120 202; es ergibt sich somit — den diesjährigen außerordentlich hohen Stand der Arbeitslosigkeit charakterisierend — ein Plus von 92 083 Personen. Dieser Personenzuwachs von 222 285 unterstützten Arbeitslosen erhöht sich nun noch um die große Zahl derjenigen Personen, deren Unterstützungsanspruch bei der Arbeitslosenversicherung erschöpft oder die aus sonstigen Gründen von dieser Versicherung nicht erfasst werden, aber trotzdem auf dem Arbeitsmarkt als Arbeitsuchende auftreten.

Aus diesem Gesamtbild ist ersichtlich, daß eine Besserung in der Arbeitsmarktlage nicht eingetreten ist. Das Abfallen des allgemeinen Beschäftigungsgrades ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Das ungewöhnlich lang anhaltende Frostwetter seit weither in einem Sinken der Arbeitslosenzahlen, insbesondere für die Außenberufe, im Wege.

In der Landwirtschaft besteht Aufnahmevermögen für weibliche Kräfte, leider fehlt es aber an diesen. Die Vermittlungen für den Steinmetzenbergbau in Zwickau haben, ebenso wie der Bedarf im Zuger Revier, zugenommen. Die Entwicklung der Textilindustrie ist nicht einheitlich. Die Arbeitskämpfe in der westsächsischen Gruppe dieser Industrie sind noch nicht beendet. Bei der Metallindustrie besteht eine starke Uneinigkeit, wenn sich auch Anzeichen einer

festigung der Lage für diesen hauptsächlich sächsischen Industriezweig bemerkbar machen. Die Krise im Holzgewerbe hält anhalten. Außerordentlich ungünstig gestaltet sich weiterhin der Arbeitsmarkt für die kaufmännischen und technischen Angestellten.

Wieviel Kinder vom Religionsunterricht abgemeldet sind

Über die Beteiligung der Großstadt-Schulneulinge 1929 am Religionsunterricht gibt die Korrespondenz des Landesverbandes christlicher Elternvereine folgende Statistik:

I. Weizsäcker				
1923	erhielten von 4963 K.-U.	3576 (71,88 Proz.)	kein.	1386 (28,12 Proz.)
1924	„	4411 „	3176 (72,00 „)	1235 (28,00 „)
1925	„	5149 „	3836 (74,51 „)	1313 (25,49 „)
1926	„	11065 „	8213 (74,23 „)	2852 (25,77 „)
1927	„	10589 „	7861 (74,37 „)	2728 (25,63 „)
1928	„	9451 „	6881 (72,81 „)	2570 (27,20 „)
1929	erhalten „	7985 „	5789 (72,50 „)	2196 (27,51 „)
II. Dresden				
1925	erhielten von 4787 K.-U.	4010 (83,76 Proz.)	kein.	777 (16,24 Proz.)
1926	„	8243 „	7147 (86,70 „)	1096 (13,30 „)
1927	„	9403 „	8013 (85,23 „)	1390 (14,77 „)
1928	„	7746 „	6857 (88,54 „)	889 (11,46 „)
1929	erhalten „	6905 „	5693 (82,50 „)	1212 (17,50 „)
III. Chemnitz				
1925	erhielten von 3057 K.-U.	2833 (92,80 Proz.)	kein.	224 (7,20 Proz.)
1926	„	8225 „	7255 (88,21 „)	970 (11,79 „)
1927	„	6356 „	5602 (88,15 „)	754 (11,85 „)
1928	„	5570 „	4854 (87,14 „)	716 (12,86 „)
1929	erhalten „	5202 „	4644 (89,27 „)	558 (10,73 „)
IV. Für die drei Großstädte ergibt sich insgesamt:				
1925	erhielten von 12838 K.-U.	11714 (91,30 Proz.)	kein.	1124 (8,70 Proz.)
1926	„	26533 „	21755 (81,90 „)	4778 (18,10 „)
1927	„	28847 „	21448 (74,39 „)	7399 (25,61 „)
1928	„	27767 „	19502 (70,27 „)	8265 (29,73 „)
1929	erhalten „	19982 „	16131 (80,73 „)	3851 (19,27 „)

In den Ziffern für Religionsunterricht hat der christliche Landesverband immer die Schulneulinge eingerechnet, für die bei der Schulanmeldung keinerlei Erklärung abgegeben worden ist. Nach einer Verordnung vom 9. April 1927 gilt das Unterlassen der geforderten Erklärung „als Einverständnis mit der Teilnahme am Religionsunterricht“. Die Zahlen beweisen, wieviel Eltern und Erziehungsberechtigte sich noch an den Kindern veräußern. Ein großer Teil dieser Erziehungsberechtigten handelt aus Launhaftigkeit aus Feigheit. Wer innerlich festsetzt von der Ueberlässigkeit oder auch von der Schamlosigkeit der Gehirnerkrankung mit religiösen Dogmen überzeugt ist, sollte die ihm anvertrauten Kinder vom Religionsunterricht abmelden.

Verurteilter Hiltbergardt

Am 10. August 1928 hatte der Republikanische Reichsbund und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Weiß in Plauen i. V. auf dem Altmarkt eine Verfassungsfeier veranstaltet. Im Anschluß daran fand mit polizeilicher Genehmigung ein Fackelzug statt, der sich durch verschiedene Straßen bewegte. Auf der Bahnhofstraße versuchte eine Anzahl junger Leute, Angehörige der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, dem Zuge sich anzuschließen. Die Burshen langen Hiltbergardt und brüllten: Nieder mit dem Marxismus! Tod dem Sozialismus! Der letzte Trupp des Fackelzuges wollte sich gegen die Störersrede wenden, als eine Polizeistreife eintraf und die Hiltbergardt abdrängte, die aber bald darauf auf Umwegen den Zug auf der Breitenstraße wieder erreichten und nun mit Gröhlen und Brüllen von neuem begannen. Um einen Zusammenstoß zu vermeiden, verteilten sich die diensttunenden Polizeibeamten und nahmen einige der Hauptakteure fest. Darunter befand sich auch der Hiltbergarträter Erich Küberling, der trotz seinem Zeugnis vom Amtsgericht für überführt angesehen und wegen groben Unfugs (§ 207, Abs. 1) zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden ist. Urteil und Fackel der Weingendemonstration sei gewesen, mit ihrem Vorgehen, die Teilnehmer des Fackelzuges verächtlich zu machen und die öffentliche Ordnung zu stören. Hellen sie sich auch der Angeklagte bewußt gewesen. Das Oberlandesgericht Dresden hat das Urteil bestätigt, indem es die Revision des Angeklagten kostenpflichtig verworfen hat.

Der Kampf um die Landtagsgeschäftsordnung

In der Mittwoch-Sitzung des Rechtsausschusses sollte die Beratung über die von den Konstitutionsparteien beantragten Änderungen der Landtagsgeschäftsordnung stattfinden. Da jedoch der bürgerliche Berichterstatter trotz des Interesses, das die bürgerlichen Parteien an dieser Materie haben, nicht erschienen war, wurde die Sitzung ausgesetzt. Die nächste Sitzung des Rechtsausschusses mit der gleichen Tagesordnung findet am Mittwoch der nächsten Woche statt.

Dreifacher Raubüberfall in Dresden

In einem Hause der inneren Stadt wurde heute kurz nach 13 Uhr ein Kassenbote einer hiesigen größeren Firma überfallen und einer braunen Aktentasche mit 15 000 Mark Vohrscheuern beraubt. Der Überfall ereignete sich an, daß hinter ihm plötzlich ein Schuß fiel, der ihn jedoch nicht traf. Er ließ sich zur Wehr setzen, habe er mehrere Schläge auf den Kopf erhalten, worauf ihm der Täter die Tasche entrissen habe und geflüchtet sei. Die Tasche hat der Täter dann weggenommen. Die Verletzungen des Kassenboten sind nicht lebensgefährlich. Nach den bisherigen Feststellungen hat der Täter, als er die Flucht ergriff, noch gerufen: „Halt die Polizei!“ Er wird von Passanten als etwa 25- bis 30-jähriger Mann mit dunkler Haar und länglichem, blanken Gesicht und von etwa 1,70 Meter Größe beschrieben.

Dresden. Ein Falschmünzer erwischt. Der 40 Jahre alte Techniker Nittring wurde von der Dresdener Kriminalpolizei wegen Falschmünzerei in Haft genommen. Nittring, der eine Werkstatt zum Bau photographischer Apparate besaß, wurde dabei erwischt, wie er in einigen Gefäßen Falschgeldstücke in Zahlung gab. Das war der Polizei Anlaß zum Zugriff. Man fand bei dem festgenommenen 500 falsche Markstücke. Nach dem vorläufigen Untersuchungsergebnis hat Nittring in seiner Werkstatt seit 1925 über 12 000 falsche Gummistücke hergestellt und in Umlauf gesetzt.

Plauen. Autos zusammenstoß. Vier stehen in der Breiten Straße zwei Autos derart zusammen, daß sie vollständig zerstört wurden. Fünf Personen mußten in die nahe Klinik gebracht werden, wo ihnen ärztliche Hilfe zuteil wurde.

Bauja (Vogtland). Mit 2000 Mark flüchtig. Der 24 Jahre alte Knecht Rudolf Roth, der in der Mälzerei in Oberzeina beschäftigt war, ist nach Unterschlagung von 2000 Mark flüchtig geworden. Er hat sich vermutlich nach Bayern gewandt. Früher hatte er des öfteren geäußert, daß er gerne ins Ausland möchte, aber kein Geld habe.

Kuerbach. Wegen Brandstiftung verhaftet. Der Strampfabrikant Willibald Spigner aus Schnarranne, dessen Anwesen in der Nacht zum Sonnabend vollständig niedergebrannt war, ist unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet und in das Amtsgerichtsgewahrsam Kuerbach eingeliefert worden.

Schweres Eisenbahnunglück bei Wien
Zwei D-Züge aufeinandergefahren — 35 Personen verletzt

Am Mittwochnachmittag hat sich auf der Westbahnstrecke in der Nähe von Wien ein schweres Eisenbahnunglück ereignet, bei dem 35 Personen, darunter drei schwer, verletzt wurden. Der Westberg-Expresszug, der siebenknäufig um 9,03 Uhr den Westbahnhof verlassen soll, fuhr mit dreibereitwilliger Beschleunigung ab. In der Station Tullnerbach-Brehsaum mußte er wegen eines Schabens halten. In diesem Augenblick fuhr ein weiterer Schnellzug, der von Nr. 55 Wien-Paffan, mit einer Stundenleistung von 85 Kilometer in den Expresszug hinein. Der zweite Schnellzug wurde von der neu angelegten Eisenbahnmotivive gezogen, die die Oesterreichische Bundesbahn vor kurzem in Wien bestellt hat und die größte und stärkste in Europa ist. Durch den Zusammenstoß wurden mehrere Wagen des Expresszuges schwer beschädigt. Das in Wien alsbald verbreitete Gerücht hat den Umfang der Katastrophe vergrößert insofern übertrieben, als auch von Toten die Rede war. Bereits wenige Minuten nach dem Zusammenstoß gingen von Wien Hilfszüge aus. Die unverletzt gebliebenen Reisenden konnten ihren Weg fortsetzen. Ein Gleis ist gesperrt, so daß der Verkehr auf der Westbahnstrecke vorläufig einseitig weitergeführt werden muß. Ueber die Schuldfrage ist noch nichts bekannt.

Explosion in den Leunawerken

Auf dem Ammoniakwerk Merseburg ereignete sich heute nachmittag ein schwerer Unglücksfall. Durch das Durchschlagen einer Leuchung drang Betriebsgas, mit Braunkohlenstaub gemischt, ins Freie und entzündete sich. Mehrere in der Nähe beschäftigte Arbeiter wurden von den Flammen erfasst und schwer verbrannt. Einer von ihnen ist bereits gestorben. Drei weitere liegen mit schweren Verletzungen darnieder.

Extra billige Lebensmittel

Brathühner 115 Pfd.	Mirsch-Ragout 55 Pfd.	Hasen gestreift 675 extra stark, mit Klein Stük	Wilde Kaninchen 160 Stük	Bananen 38 Pfd.	Brat-, Bismarck-Meringe, Rol-mops, Kronsr-dinen o. Hering in Gelee 2 Pfd.-D. 88
Suppenhühner 118 extra fett	Blatt, Rücken od. Keule 118 soweit Vorrat	Gänse gefroren 95 Pfd.	Fetter Speck 115 Pfd.	Apfelsinen 45 10 Stük	
Frisch-Fleisch	Wurstwaren	Butter und Käse	Kolonialwaren	Gemüse-Konserven	
Rind-Kochfleisch 85 Pfd. Gehacktes 95 Pfd. Schmorfleisch o. Knochen 1.20 Pfd. Rouladen 1.30 Pfd. Hammel-Rücken 1.15 Pfd. Hammel-Keule 1.25 Pfd. Kalbs-Rücken oder -Keule 1.25 Pfd. Schweine-Bauch extra magor 1.05 Pfd. Schweine-Keule 1.18 Pfd. Schweine-Koteletts 1.38 Pfd.	Knackwurst halbhart 1.25 Pfd. Knackwurst hart 1.40 Pfd. Jagdwurst 1.35 Pfd. Mettwurst n. Bresch. Art Pfd. 1.40 Bierwurst 1.55 Pfd. Schwarzfleisch 1.48 Pfd. Speckwurst 1.30 Pfd. Schinkenspeck oder Nuß-Schinken 1.88 Pfd. Dauer-Zerwelat oder Salamiwurst 1.75 Pfd.	Molkerei-Butter 1/2 Pfd. 1.05 Allerlän.Molk.-Butter 1.18 Pfd. Limburger großes Stük 25 Pfd. Romadour großes Stük 28 Pfd. Edamer Käse 78 Pfd. Tilsiter Käse 88 Pfd. Finn. Emmenthaler 1.48 Pfd. Backstein-Käse 48 Pfd. Vollmilch große Dose 58 Pfd. Harzer Käse 88 Pfd. Kiste à 50 Stük	Weizenmehl 85 Pfd. 5-Pfund-Beutel Kaiser-Auszugmehl 112 Pfd. 5-Pfund-Beutel Eier-Makkaroni-Bruch 48 Pfd. 1 Pfd. 58, 11 Pfd. 68 Kartoffelmehl 3 Pfd. 68 Hausmachernudeln Pfd. 48 Kakao Pfd. 1.15 85 65 Kaffee 1/2 Pfd. 1.40 1.20 Creme-Pulver Pfd. 50	Junge Erbsen 2-Pfd.-Dose 75 Pfd. do. mittelfein 2-Pfd.-Dose 95 Pfd. do. fein 2-Pfd.-Dose 1.48 Kaiser-Schoten 2-Pfd.-Ds. 1.65 Leipziger Allerlei m. Spargel und Morchein 2-Pfd.-Dose 95 Pfd. do. m. reichl. Sparg. 2-Pfd.-Ds. 1.20 do. 5 Dosen 5.50 Del.-Gemüse mit Spargel in extra Dose 1-Pfd.-Dose 65 Pfd. do. 3 Dosen 1.25	Sellerie 2-Pfd.-Dose 95 Pfd. Prinzebohnen mittelfein 2-Pfd.-Dose 1.58 Junge Erbsen mit Karotten 85 Pfd. Jg. kleine Karotten 2-Pfd.-Dose 85 Pfd. Jg. Kohlrabi 2-Pfd.-Dose 75 Pfd. Wachsbrockbohnen 2-Pfd.-Dose 88 Pfd. Spise-Pilze 2-Pfd.-Dose 1.95 Junge große Bohnen 2-Pfd.-Dose 1.25 85 Pfd.
Schweine-Backen 98 geklopft, ohne Knochen Pfd.	Margarine 54 48 Pfd.	Amerik. Schmalz 75 Pfd.	Pflaumen 2-Pfd.-Dose Seltene Gelegenheit! 65 Pfd.	Bücklinge Pfd. 35 echt, Kiel	Gemischt. Gemüse 68 mit Spargel und getrockn. Erbsen 3-Pfund-Dose
Zum Ausschicken, soweit Vorrat!	Wirsingkohl, 2-Pfd.-Dose Grünkohl, Spinat oder Rotkohl 55	Spargel-Köpfe oder Stangen-Spargel 2-Pfd.-D. extra stark 2.58	Gegen Grippe und Kälte Weinbrand-Verschnitt 38%, 1/2 Fl. 2.50 Rum-Verschnitt 50%, 1/2 Fl. 2.75 Arrak-Verschnitt 40%, 1/2 Fl. 3.50 Muskateller 1/2 Fl. 1.8 Muskateller vom Paß Liter 1.28	Sprotten 1/4 Pfd. 28 Pfd.	

Telephonische Bestellungen: 709 41.

Leipzig, Königsplatz
Das Haus der volkstümlichen Preise!

Besuchen Sie unsere „Weiße Woche“

Ganze Familien erfroren — Gewaltige Sachschäden

Nast alle Länder Europas starren jetzt in Frost und Eis. Nur im äußersten Norden des Kontinents ist es „warm“. Spitzbergen hatte am Mittwoch bei stromendem Regen 2 Grad Wärme, in Island die Temperaturen auf 8 bis 8 Grad über Null gestiegen. Nach einer Meldung der Krakauer Wetterstation ist für Polen ein weiteres Sinken der Temperatur auf

50 Grad Kälte

zu erwarten. In Südrussland sind sämtliche Telefonlinien mit dem Ausland unterbrochen; aus allen Teilen des Landes werden Todesfälle durch Erfrieren gemeldet. Wolfstodden sollen Menschen an. Die Temperaturen betragen in den letzten Tagen im Durchschnitt 25 Grad unter Null. In Rumänien herrscht starkes Schneetreiben.

In einem Figgendorf bei Campina sind zwei Frauen, zwei Männer und sechs Kinder erfroren, bei Rischnew erfroren eine ganze Bauernfamilie von 14 Köpfen; bei Wuzen erfroren zwölf Einwohner.

Die Bukowina ist von jedem Verkehr abgeschnitten. Die Kälte hat hier am Mittwoch 49 Grad erreicht. Sämtliche Schulen mußten geschlossen werden. Die Berliner Jüge nach Bukarest sind seit drei Tagen überfällig. In Budapest ist der gesamte Straßenverkehr lahmgelegt. In der Stadt herrscht starker Schneefall. In der Gegend

von Sewastopol (Rußland) sind neun Bauern erfroren. In Kowmo-Sibirsk wurden sämtliche Schulen und die Universität geschlossen. Bei der Heizung eines Kinobaus brach ein Brand aus, wobei das Theater zerstört wurde; sechs Menschen erlitten schwere Brandwunden. Auch aus Norditalien wird eine schwere Kälteperiode gemeldet. Rom und Mailand haben 12 Grad Kälte. Sardinien ist in Eis erstarrt und fast von jeder der umliegenden Inseln abgetrennt. Die Toten können hier nicht mehr bestattet werden, weil die Friedhöfe von Eismassen umgeben sind. In Belgien hat die Kälte große Eisenbahnverkehrsstörungen im Gefolge. Beim Brand einer Delfabrik in Brüssel brachen vier Feuerwehreinheiten halb erfroren zusammen. In England ist das Thermometer bis auf 21 Grad unter Null gesunken. Nur Cornwall und Irland blieben bisher von der Kälte verschont. Der Schiffsverkehr zwischen England und Irland liegt zum Teil lahm. In Mittelfrankreich herrschen 22 Grad Kälte, an der Riviera 2 Grad Kälte. Man rechnet dort mit einer Verschärfung des Frostes. Die Kleider eines 80jährigen Mannes, der trotz der Kälte unter der Seinerbrücke haulte und sich an einem Feuer wärmte, gingen in Flammen auf. Der Mann sprang ins Wasser und ertrank. Der Karneval fiel in der französischen Hauptstadt infolge der Kälte fast ganz aus.

In Deutschland dürfte nach der Ansicht der Meteorologen die Kälteperiode ihren Höhepunkt erreicht haben. Man rechnet für die nächsten Tage mit leichten Schneefällen. Die tiefste Temperatur hatte am Mittwoch Breslau mit 27 Grad

unter Null; am nächsten war es auf Bortum mit minus 4 Grad. In Breslau sind von 2020 Straßenbahnkassettenschienen 220 festgefroren. In der Nacht zum Mittwoch wurden zwei Mädchen mit erfrorenen Füßen und Händen aufgefunden. Bei Löwen auf der Tambrauer Feldmark fand man 27 erfrorene Rehe auf. Auf Helgoland wurden 6 Grad, auf Westerland 10 Grad Kälte beobachtet. In Württemberg entstanden infolge der unvermindert anhaltenden Kälte zahlreiche gefährliche Brände, da die Feuerwerke infolge der eingefrorenen Wasserleitungen nur wenig helfen konnten. In Kauenburg fielen einem Großfeuer drei Häuser zum Opfer. In Württemberg brannte eine Fabrik nieder, in Thalheim ein Wohnhaus.

Die von Hamburg ausgehende

Fluggesellschaft

hat auf der Strecke zwischen Rostock und den dänischen Inseln keine Schiffe geschickt. Das Flugzeug F 13 traf dagegen südlich von Gedder den kleinen deutschen Dampfer „Samm“ an, der im Eise festlag. Die Flieger warfen 80 Kilogramm Lebensmittel und 10 Flaschen Rum ab.

Immer mehr Schulen werden geschlossen

SPD Berlin, 11. Februar.

Ähnlich wie in Berlin hat man sich angesichts der Kälteperiode und des Kohlmangels auch in anderen Städten zu einschneidenden Maßnahmen entschlossen. In Stuttgart sind sämtliche Schulen bis zum 18. Februar geschlossen. In Dortmund bayerische Kälteferien bis zum 23. Februar. In Breslau sind am Mittwoch

Familien-Nachrichten

Allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß meine geliebte Frau, unsere innigstgeliebte Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Agnes Eils

im Alter von 45 Jahren, nach langem, schwerem Leiden, und doch zu schnell ihrer Familie durch den Tod entrissen ist.

Leipzig-Stötteritz, Sommerfelder Straße 44

In tiefem Schmerz

Paul Eils (Maurer) nebst Angehörige.

Einäscherung Freitag nachm. 4 Uhr.

Am Montag, dem 11. Februar verstarb unsere Genossin

Klara Meinhardt

Sie war ein treues Mitglied unserer Partei; wir werden ihrer stets ehrend gedenken.

Leipzig N 22 den 14. Februar 1929.

Ortsverein L.-Gohlis der Sozialdemokr. Partei Deutschlands, insbesondere die Frauengruppe.

Die Beisetzungsfeier findet am 15. Februar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Vom Faß

Nordhäuser Brantwein	Liter 2,40
Deutscher Weinbrand-Verschnitt	Liter 2,50
Dtsch. Weinbr. Winkelshausen	Liter 4,50
Jamaika-Rum Verschnitt	Liter 3,00
Jamaika-Rum-Verschnitt, alt	Liter 4,00
Batavia-Arrak-Verschnitt	Liter 3,50
Pfefferminz Fl. 2,45	Adelash Fl. 2,70
Kümmel Fl. 2,70	Curacao Fl. 3,00
Blutorange Fl. 3,00	Ingwer Fl. 2,85
Stonsdorfer Fl. 2,85	Kräut.-Blit. Fl. 2,85
Moonekamp Fl. 3,55	Cord.-Med. Fl. 3,35
Mara-chino Fl. 3,00	usw.
Alle Liköre auch literweise	
Rotwein	Liter 1,60 1,35 1,10

Naumann
Kupferstr. 12
Kellerei im Hofe

Empfehle meine
Reparaturwerkstatt
Uhren, Optik
Garantie-Wecker zu 3 Mk.
Ph. Lehmann
Südstraße 18
Gen. u. Konsum-Ver.-Mitgl.
6% Rabatt

Bitte schicken Sie den Text Ihrer

Anzeige

bis 9 Uhr vorm. des betreffenden Tages
etc. damit wir sie wunschgemäß und

wirkungsvoll

gestalten können!

Esst Bananen

sie sind gesund



Diese Mutter weiß es genau

daß die goldgelbe westindische Banane eine ganz besonders nahrhafte Frucht für das Kind ist. Aber nicht diese Mutter allein, sondern alle Mütter sollten ihren Kindern, insbesondere der schulpflichtigen Jugend, Bananen reichlich verabfolgen; denn diese köstlich schmeckende und saubere Frucht ist sehr reich an Vitaminen. Und sie ist nicht teuer. Sie erhalten

goldgelbe westindische Bananen
zum Preise von **40 Pfennig p. Pfd.**

in allen einschlägigen Geschäften während der jetzigen

BANANEN

WERBE-TAGE!



TEE

Das bekömmliche
Abendgetränk

aus den

Konsumvereinen

der

Leipziger Einkaufsvereinigung

Abgabe nur an Mitglieder

die Schulen zum letztenmal geheizt worden und bleiben vorerst acht Tage geschlossen.

Die Stadtverwaltung von Paris hat mit Rücksicht auf die grimmige Kälte eine Verfügung getroffen, daß die städtischen Pfandhäuser alle verpfändeten Decken, Federbetten usw. gratis wieder herausgeben sollen. Der Polizeipräfekt hat den Obdachlosen erlaubt, sich in den Polizeistationen zu erwärmen, wo ihnen gleichzeitig heißer Kaffee verabreicht wird.

Flugzeuge als Helfer und Retter Eingefrorene Dampfer mit Proviant versorgt

In Berlin, 13. Februar.

Im Laufe der beiden letzten Tage haben Flugzeuge der Deutschen Luftwaffe im Dienste des Hilfswerks für eingefrorene Dampfer wiederum erfolgreiche Arbeit geleistet. Fünf vermehrte Dampfer sind im Langeland-Belt in diesem Padeis aufgefunden worden. Es handelt sich um zwei deutsche, einen schwedischen, einen englischen und einen finnischen Dampfer. Die Besatzungen wurden mit 20 Sack Proviant versorgt. Der Mannschaft ging es sehr schlecht; die Sendungen wurden mit großem Jubel in Empfang genommen. Am Donnerstag starteten wiederum Flugzeuge mit Proviant an Bord zur Suche nach weiteren Dampfern in die Gegend von Laaland und dem Großen Belt, da man vermutet, daß dort noch eingefrorene Dampfer aufgefunden werden, die durch den Sturm abgetrieben wurden. In der östlichen See wurden keine weiteren Dampfer angetroffen. Nach Angabe der Flugzeugbesatzungen ist diese Gegend auch eisfrei. Die Postflüge nach den Nordseeinseln Pellworm, Hallig Hooge und Wyl auf Höhe werden regelmäßig durchgeführt.

Die Deutsche Luftverkehrs-Gesellschaft wird sich ebenfalls an dem Rettungsversuch beteiligen und hat ihrem Ausbilder Flugleiter, dem Feldpiloten Stoianovic, den Auftrag gegeben, sich zur Verfügung der Deutschen Luftwaffe zu stellen. Stoianovic, der Spezialist für den Abwurf aus dem Flugzeug ist und die Schutzhüttenversorgung aus der Luft im Hochgebirge organisiert hat, trifft Donnerstag in Berlin ein.

Verkäufte Flugverträge Deutschland-Dänemark

In Kopenhagen, 13. Februar.

Stark behindert wird durch die Eisbildung in der Ostsee nun auch der Verkehr zwischen Deutschland und Dänemark. Die dänische Flotte, die seit einigen Tagen allein den Verkehr versieht, kann nicht mehr in der Nacht fahren. In Zukunft werden nur noch zwei Fahrten täglich ausgeführt werden. Dafür kommt jedoch dem Luftverkehr erhöhte Bedeutung zu. So waren gestern sowohl in der Dornier-Maschine Kopenhagen-Berlin als auch in der dreimotorigen Junkers-Maschine Kopenhagen-Hamburg alle Plätze besetzt. Ferner liegen Platzvorstellungen für mehrere Tage vor. Die Dänische Luftfahrtgesellschaft hat daher die Luftwaffe gebeten, eine größere Maschine auf der Strecke Kopenhagen-Berlin einzusetzen. Auch die holländische Luftfahrtgesellschaft plant die Einsetzung einer oder mehrerer Jucker für 8 bis 9 Personen auf der Strecke Kopenhagen-Hamburg.

134 Schiffe nach Kiel gelüftet!

In Kiel, 13. Februar.

Insgesamt 14 Schiffe haben Kiel als Not- und Schutzhafen angelaufen, sind infolge von Eiswierigkeiten in Kiel verblieben. Unter den 134 Fahrzeugen befinden sich 88 deutsche, elf dänische, fünf kanische, vier schwedische, drei tschechoslowakische und je zwei norwegische, russische, holländische und französische Schiffe.

Die Braunkohlegruben räumen ihre Stapel

In Halle, 12. Februar.

Der Deutsche Braunkohlen-Industrieverein teilt mit, daß der anhaltend starke Frost gewisse Schwierigkeiten für die Abwicklung des Betriebes in den Braunkohle-Tagesbauen zur Folge hat. Insbesondere hätten sich starke Behinderungen in den Tagebau-Gruben gezeigt, die die Kohlstöße mit Hilfe von Kettenbahnen zulage verdrängen. Auch das Kohlen-Verpackungsmaterial habe unter dem Frost stark zu leiden. Wenn deshalb jetzt gewisse Behinderungen in der Kohlegewinnung, in der Förderung und auch in der Bricketfabrikation unvermeidbar seien, so würden sich Störungen in der Kohlenablieferung voraussichtlich vermeiden lassen.

lassen, da im mitteldeutschen Syndikatsbezirk Ende Dezember nicht weniger als 300 000 Tonnen Bricket, also sechs Millionen Zentner, auf Stapel lagen. Von den Werken mit Stapelvorräten werden übereinstimmend Klagen darüber erhoben, daß es unmöglich sei, Arbeiter zum Verladen der Stapel zu bekommen.

Bereine für Rindviecher

In Nr. 5 der „Herzogthums-Zeitung“ erschien kürzlich folgende Bekanntmachung.

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß das falsche Gerücht unserer Gegenpartei auf Unwahrheit beruht. Wir denken nicht daran, unsere schwarzbunte Bullenvereinigung aufzulösen, noch mit der rotbunten zu vereinen. Wir warnen den provisorischen Vorstand der rotbunten Bullenvereinigung, ihre Junge im Zaum zu halten, da wir sonst gerichtlich vorgehen. Neue Mitglieder werden jederzeit noch angenommen.

—r—

Der Vorstand der schwarzbunten Bullenvereinigung

Eigentlich wäre es ja praktischer, die Besther der Bullen würden sich zu Genossenschaften zusammenschließen. Jedenfalls aber ist diese Polemik zwischen schwarzbunten und rotbunten Bullen ein betrübendes Zeichen von der Zerissenheit in unserem geliebten deutschen Vaterlande, ein Beweis, daß der Geist der Uneinigkeit sogar schon auf die Bullen übertragener wurde.

Wie verlautet, soll die schwarz-rot-bunte Bullenfrage von einem Kollegium, das aus den größten Ohfen gebildet wird, schließlich entschieden werden.

Am Räder Weg nur noch 40 Zentimeter Wasserstand! Am Mittwoch um 8 Uhr wurden in Köln 15,5 Grad Riefe gemessen. Trotzdem der Rhein, wie alle seine Nebenflüsse, oberhalb von St. Goar zugefroren ist, zeigt er hier unvermindert starkes Eis. Durch den ungewöhnlich starken Frost geht das Wasser stark zurück. Der Kölner Weg zeigte am Mittwochmorgen einen seit Dezember 1921 nicht beobachteten Wasserstand von vierzig Zentimetern.

Während unserer grossangelegten Verkaufsanstalt

Lebensmittel

Kolonialwaren

- Gem. Zucker . . . Pfd. 88
- Kilopfd. . . Pfd. 78, 50, 30
- Mischobst . . . Pfd. 93, 75
- Kalif. Birnen . . . Pfd. 80
- Kalif. Pfirsiche . . . Pfd. 95
- Kalif. Ringäpfel . . . Pfd. 1.40
- Kalif. Aprikosen . . . Pfd. 38
- Kalif. Sultaninen . . . Pfd. 58
- Kokosnub, geraspelt . . . Pfd. 65
- Kakao, gar. rein . . . Pfd. 65

- Mandelsatz . . . Pfd. 85
- Bruchmakaroni . . . Pfd. 38
- Eierschnittnudeln . . . Pfd. 45
- Hartigrieß-Makaroni . . . Pfd. 45
- Haferfloeken . . . 3 Pfd. 85
- Graup., fein od. mitt. . . 3 Pfd. 85
- Erbs., grün od. gelb . . . 4 Pfd. 95
- Vollreis . . . 4 Pfd. 95
- Auszugsmehl 5-Pfd.-Et. 1.00

Konserven

- Kartoffeln . . . 1.15, 75, 45
- Gemüse-Erbsen . . . 85
- Jung. Erbs. . . 1.05, 1.40, 1.10, 85
- Kaiserschoten . . . 1.05
- Ig. Schnittbohnen . . . 1.05, 85, 62
- Gem. Gemüse . . . 1.05, 1.35, 95
- Teltower Rübchen . . . 1.25
- Rosenkohl . . . 1.25
- Vierfrucht-Marmelade . . . 2-Pfund-Eimer 85

Konserven

- Brechpargel ohne Köpfe . . . 2.25
- Pflaumen mit Stein . . . 70
- Apfelmus . . . 1.20, 95
- Birnen . . . 1.10
- Heidelbeeren . . . 1.20
- Ananas . . . 1.25
- Mirabellen . . . 1.35
- Kirschen . . . 1.35
- Apfel-Erdbeer-Marmelade . . . 2-Pfund-Eimer 95

Fette

- Margarine . . . Pfd. 82, 54, 48
- Rindertalg . . . 1-Pfd.-Paket 55
- Kokos-Speisefett . . . Pfd. 95
- Amerik. Schmalz . . . Pfd. 75
- Deutsches Schmalz . . . Pfd. 95
- Allert. Molkereibutt. . . 1/2 Pfd. 1.10

Käse

- Bayr. Delikatesskäse Stek . . . 28
- Camembert, 1/4 vollf. Kart. . . 85
- Edamer, halbfett . . . Pfd. 95
- Tilsiter, halbfett . . . Schachtel 95
- Emmentaler . . . Schachtel 95
- Schweizer Käse . . . Pfd. 1.40

Fischkonserven

- Geleardinen . . . Dose 80, 20
- Salatöl, ausgewogen . . . Pfd. 53
- Ochsenmaulesalat . . . Pfd.-Da. 45
- Fetherlinge in Tomate . . . Da. 85
- Krabben in Doz. . . 1.45, 1.25, 95
- Pilchards . . . Dose 1.25
- Sardellen . . . Dose 1.05
- Langousten . . . Dose 2.00
- Königskrabbe . . . Dose 2.95
- Kronenhummel . . . 2.75, 5.25, 2.95

Frisches Obst

- Mandarinen . . . Pfd. 45
- Zitronen . . . 10 Stück 60, 50
- Apfelsinen 10 Stück . . . 90, 70, 50
- Block-Datteln . . . Stück 45
- Kokosnüsse . . . Pfd. 80
- Erdnüsse . . . 5 Pfd. 95
- Kranzfeigen . . . Pfd. 50
- Frische Tomaten . . . Pfd. 1.40
- Frische Ananas . . . Pfd. 35
- Frische Bananen . . . Pfd. 35

Besonders billig

- Büchelinge, ger. 3-Pfd.-Kist. . . 88
- Brathering. od. Rollmops . . . 1-Lit. Dose
- Heringe in Gelee . . . 1.88
- Bismarckheringe
- Kronen-Sardinen

Marmeladen

- Apfel-Johannish. . . Marmelade 2-Pfund-Eimer 95
- Pflaumenmus 2-Pfd.-Topf . . . 1.10
- Johab.-Konfit. 2-Pfd.-Eim. . . 1.25
- Aprik.-Konfit. 2-Pfd.-Eim. . . 1.25
- Apfelgelee . . . 2-Pfd.-Eimer 1.20

„Weisse Woche“

Hat auch unsere Lebensmitteldirektion während dieser Anstrengungsperiode macht um Ihnen unsere bekanntesten Fleischwaren und Genussmittel besonders preiswert bieten zu können! Hier nur einige Beispiele.

Fleischwaren

- ### Rindfleisch
- Brust mit Knochen . . . Pfd. 1.00
 - Hohe Rippe . . . Pfd. 1.10
 - Gulasch . . . Pfd. 1.00
 - Schmorfleisch oh. Kn. . . Pfd. 1.20
 - Querrippe . . . Pfd. 95
- ### Kalbfleisch
- Brust . . . Pfd. 1.20, 1.10
 - Kamm . . . Pfd. 1.15
 - Wickelbraten . . . Pfd. 1.35
 - Keule oder Niere . . . Pfd. 1.40
 - Pfefferfleisch . . . Pfd. 85
- ### Schweinefleisch
- Bauch . . . Pfd. 1.00
 - Keule . . . Pfd. 1.20
 - Kamm . . . Pfd. 1.30
 - Koteletten . . . Pfd. 1.00
 - Gehacktes zom. . . Pfd. 70
- ### Pökelfleisch
- Schweinebauch . . . Pfd. 1.10
 - Schweinekeule . . . Pfd. 1.30
 - Schweinekamm . . . Pfd. 1.40
 - Rinderbrust . . . Pfd. 1.00
 - Felles z. Ausbrat. . . Pfd. 85

Hammelfleisch

- Bauch . . . Pfd. 1.20
- Regout . . . Pfd. 1.30
- Rücken . . . Pfd. 1.20
- Keule . . . Pfd. 1.40

Wild und Geflügel

- Hirschblatt . . . Pfd. 1.20
- Hirschkeule . . . Pfd. 1.20
- Hirschrücken . . . Pfd. 1.00
- Wildschweinblat. . . Pfd. 1.00
- Wildschweinkeule . . . Pfd. 1.00
- Wildschweinrücken . . . Pfd. 1.00
- Hasenkeulen . . . Stück 1.00
- Schinken, gebocht . . . 1/4 Pfd. 50
- Hasenrücken . . . Stück 3.20
- Gänse . . . Pfd. 1.10, 95
- Gänse, ausgeschl. . . Pfd. 1.00
- Puten . . . Pfd. 1.25
- Brathühner . . . Pfd. 1.20
- Enten . . . Pfd. 1.20
- Wildkaninchen . . . Stück 1.50
- Westfälischer Schinken . . . im ganzen Pfd. 2.20

Wurstwaren

- Blut- od. Leberwurst . . . Pfd. 85
- Hausmacher-Wurst . . . Pfd. 95
- Sülzwurst . . . Pfd. 1.20
- Landrotwurst . . . Pfd. 1.20
- Kassler Rippensteck . . . Pfd. 1.00
- Plockwurst, schnittf. . . Pfd. 1.75
- Zerelatwurst . . . Pfd. 1.75
- Harte Knackwurst . . . Pfd. 1.00
- Braunsch. Teewurst . . . Pfd. 1.00
- Kalbaleberwurst . . . Pfd. 1.00
- Bierwurst . . . Pfd. 1.35
- Braunsch. Schlackw. . . Pfd. 2.40
- Rindergulasch . . . Pfd.-Da. 1.00

Weine vom Faß

- Gefüllte bitten wir mitzubringen
- Tarragona . . . 1 Liter 85
- Insel Samos . . . 1 Liter 1.30
- Malaga . . . 1 Liter 1.40
- Priorato . . . 1 Liter 1.00

ALTMÖLLER



Folgen der andauernden Kälte

Kohlennot überall — Kohlenrationierung in Berlin — Schul- schluß in Leipzig — Fürsorgezuschüsse im Bezirksverband Leipzig. Die Kälte wird immer unerträglicher. Um so mehr, als nun auch die Heizstoffe zur Reize gehen. Der Transport verläuft gegenüber der gesteigerten Nachfrage...

Sollen Frauen zu Hause gebären?

Trotz aller hygienischen Fortschritte in den letzten Jahrzehnten ist die Säuglingssterblichkeit noch unverhältnismäßig hoch. Rund 60 Prozent der ganzen Säuglingssterblichkeit aber entfallen allein auf den ersten Lebensmonat. Sie ist am größten am ersten Tage der Geburt, sie sinkt am zweiten Tage auf die Hälfte...

besser natürlich nicht, doch das beweisen diese fürchterlichen Zahlen auf das deutlichste, daß die Geburt mit ihren vielen Komplikationen nicht in einer Wohnung vollzogen werden darf. Die Sterblichkeit der Kinder in der Geburt und der Neugeborenen in den ersten Lebensstagen wird von den Schädigungen beherrscht, die durch den Geburtsvorgang selbst verursacht werden.

Der Ober mit der Sammelbüchse

Samuel, hilf! Ich brauche 6000 Mark! Politisch wie juristisch interessant ist der Rechtsstreit, der sich wegen der Bewilligung einer Sonderentschädigung an den Stadtbaurat Peters für Krantheilungsverteilung eines Departements...

sich in Anspruch nehmen, ein anderes Organ den Beschluß einer ihm zugehörigen Stelle in derselben Sache ohne weiteres für rechtswirksam ansehe und durchführe. Eine sachliche Entscheidung von Ausschüß wegen sei deshalb nicht zu fällen. Es könne, falls nicht doch noch eine gütliche Einigung zustande komme, sich nur darum handeln, festzustellen...

Einmalen sucht man mit der Einschränkung des Kohlenverbrauches in öffentlichen Institutionen der Kohlennot entgegenzukommen. In Berlin sind die Schulen fast restlos geschlossen worden. Nur in wenigen Stadtteilen hat man sie offengehalten, um Kindern, die im elterlichen Hause keine warme Stube haben, Schutz vor der Kälte zu gewähren...

Es ist ein allgemeiner Grundsatz des Verwaltungsrechts, daß Beschlüsse und Handlungen der gemeindlichen Organe nicht durchgeführt werden dürfen, wenn zwischen den für die Entscheidung in Frage kommenden Körperschaften ein Zuständigkeitsstreit ausgebrochen ist.

Alle juristischen Kräfte des Rates haben also verjagt. Die Stadtverordneten haben, sowohl sachlich wie formal, gelehrt. Der Rat befindet sich in einer höchst peinlichen Situation. Die Stadtverordneten haben den Vorstoß des Rates zur gütlichen Einigung abgelehnt. Der Vorstoß zur „gütlichen Einigung“ forderte nämlich, daß die im Rechtswege streitigen Stadtverordneten im Streitabstimmungswege kein abgeben sollten.

Besonders hart werden die Erwerbslosen, Rentner und Fürsorgeempfänger von der Kälte getroffen. Sie verfügen ohnehin nur über absolut unzureichende Mittel zur Beschaffung von Feuerungsmaterial. Daher muß ihnen schon in normalen Zeiten allmählich ein Zuschuß an Heizkosten gegeben werden. Der gewährte Zuschuß ist aber infolge der hohen Kälte in viel kürzerer Zeit aufgebraucht worden, als die für die Berechnung war.

Der Rat hat die Kälte nicht als unvorhergesehenen Notstand angesehen, sondern als einen durch den Winter hervorgerufenen allgemeinen Mangel an Heizstoffen. Die Entscheidungen sind daher als allgemeine Verwaltungsmaßnahme anzusehen. Auch der Straßenbahnverkehr hat wegen der Kälte eine Einschränkung erfahren. Die Kälte wirkt verheerend auf die Luftbremsen. Das Werkstättenpersonal ist nicht in der Lage, die täglich einlaufende Menge der besten Wagen so schnell zu überarbeiten...

Im übrigen scheint sich der Rat über die Konsequenz dieser Behauptung gar nicht im klaren zu sein. Wenn er den Beschluß der Stadtverordneten „nicht ohne weiteres“ als ungescheit ansieht, so dürfte er ja erst recht nicht eigenmächtig handeln. Denn dann lag doch das Recht „ohne weiteres“ bei den Stadtverordneten.

Badekurunterstützungen für Minderbemittelte

Das Ministerium des Innern hat, wie wir erfahren, auch für die Kurzeit 1929 in Bad Elster dem Rat der Stadt Leipzig wieder die ganze und halbe Freistellen zur Vergebung zugeteilt. Diese Freistellen sind für minderbemittelte Einwohner der Stadt Leipzig bestimmt, soweit sie das 65. Lebensjahr noch nicht überschritten haben...

Zentralverband deutscher Konsumvereine

Table with 4 columns: Verband, 1927, 1928, Zusammen. Lists various regional consumer associations and their membership numbers for 1927 and 1928.

Die Grippe und der Völkerbund

Nach den Mitteilungen der Hygieneabteilung des Völkerbundes trifft die Grippe besonders in Deutschland und den Vereinigten Staaten am stärksten. In Dänemark, Ungarn, Großbritannien und Irland, Norwegen, den Niederlanden und Spanien ist eine epidemische Ausbreitung der Grippe oder grippeähnlicher Erkrankungen nicht festzustellen.

Warnung an Schlittschuhfahrende Kinder

Auf dem rechten Ufer des Elsterlaufes befindet sich ein Durchfluß, der die Kinder zur Abfahrt auf die zum Teil brüchige Eisdecke des Elsterlaufes mit dem Schlitten benutzen. Wenn auch der Durchfluß gesperrt worden ist, wird doch auf die entsetzlichen Gefahren bei verbotswidriger Benutzung noch besonders hingewiesen...

Schaufenstereintrüche

In der Nacht zum 13. Februar wurden mittels Einbruchs aus dem Schaufenster eines Damenschmuckgeschäfts im Grundstück Schillerstraße 3 und eines Pelzwarengeschäfts im Grundstück Goethestraße 7 gestohlen: Ein beige farbiges Trialetkleid mit Streifen in roter, blauer und brauner Farbe, 1 Kreuzstich mit beigefarbigem crepe de chine-Futter, 1 ellenbeinlanger Rock mit gelbem crepe de chine-Futter und 1 Halslagefärber Rock mit...

Probleme des Stahlpakts

Die Internationale Rohstahlgemeinschaft umfaßt fünfundsiebzig Prozent der Weltzeugung an Rohstahl, und diese Tatsache verleiht ihrem Schicksal die größte weltwirtschaftliche Bedeutung. Bis zum 1. Mai dieses Jahres ist zum erstenmal die Möglichkeit gegeben, so zum 31. Oktober zu kündigen. Große Ereignisse, aber auch große Möglichkeiten werfen aber bereits sich ihre Schatten voraus, und so beschäftigt sich die internationale Öffentlichkeit schon seit Wochen mit der Frage, ob eine Kündigung erfolgen werde oder nicht.

Hier ist auch heute noch völlige Ungewißheit vorhanden, dagegen war seinen Augenblick die Frage zweifelhaft, welches Land als einziges an einer eventuellen Kündigung interessiert sein könnte. Es ist Deutschland. Um diese Tatsache zu verstehen, muß man an die Zeit zurückdenken, die vor dem Abschluß der Internationalen Rohstahlgemeinschaft liegt. Damals begründete man den Abschluß des Paktes gegenüber der deutschen Öffentlichkeit mit weltwirtschaftlichen Erwägungen. Es sei unbedingt notwendig, für den Weltmarkt Preisvereinbarungen abzuschließen, das sei im Interesse des gesamten deutschen Volkes, für das der Export und seine Sicherung eine „Lebensfrage“ darstelle. Unter dem Eindruck dieser Argumentation hat sich die deutsche Öffentlichkeit mit wenigen Ausnahmen für diese Internationale Rohstahlgemeinschaft eingestellt, und es gab auch gewisse „realpolitisch“ eingestellte Kreise innerhalb der Arbeiterbewegung, die in dem Abschluß einer solchen Vereinbarung eine „passifistische Tat“ sahen, da sie hofften, hierdurch Frankreich und Deutschland zu „veröhnen“.

Der Zweck der Vereinbarung war — so wurde offiziell von seiten der beteiligten kapitalistischen Gruppen erklärt — eine Hebung der Weltmarktpreise durch Preisabreden und Abkühlkonventionen. Mit dieser Begründung setzte sich auch die deutsche Reichsregierung für den Abschluß ein. Inzwischen sind zweieinhalb Jahre vergangen und Preis- und Abkühlregelungsvereinbarungen sind bisher noch nicht getätigt worden. Das „Magazin der Wirtschaft“ stellt nun in einer seiner letzten Nummern mit etwas nativem Erstaunen fest, daß dieser Zweck der internationalen Vereinbarung ganz unter den Tisch gefallen sei, und bucht das vom deutschen Standpunkt aus auf der Passivseite der IRG.

Es gibt nun innerhalb der beteiligten Kapitalisten zahlreiche Gesprächspartner einer Kündigung des Paktes. Was ist der Grund? Sind auch sie darüber enttäuscht, daß die Internationale Rohstahlgemeinschaft ihren Zweck nicht erfüllt hat? Was ist denn der Inhalt der Vereinbarung gewesen, wenn nicht Preisabreden und eine gemeinsame Beherrschung des Weltmarktes?

Als die IRG abgeschlossen wurde, bestimmte man eine Gesamtzeugung von 29 282 000 Tonnen als Höchstzulässig. Diese Menge würde nun auf die einzelnen Länder folgendermaßen verteilt:

	1000 Tonnen	
Deutschland	12 644	= rund 43 Prozent
Frankreich	9 122	= rund 31 Prozent
Belgien	4 384	= rund 12 Prozent
Luxemburg	2 430	= rund 8 Prozent
Saargebiet	1 702	= rund 6 Prozent
	29 282	100 Prozent

Diese Quoten bedeuten nach einer Berechnung von Dr. Reichert im „Weltwirtschaftlichen Archiv“ folgenden Anteil an der Leistungsfähigkeit jedes einzelnen Landes:

Deutschland	77,5 Prozent
Frankreich	94,6 Prozent
Belgien	84 Prozent
Luxemburg	90 Prozent
Saargebiet	88 Prozent

Diese Zahlen sind nun zweifelsohne etwas zuungunsten Deutschlands flüster, andere Fachleute behaupten zum Beispiel, daß Frankreich mit nur fünfundsiebzig Prozent seiner Leistungsfähigkeit berücksichtigt ist. Sicher ist jedoch, daß Deutschland in dieser Beziehung am ungünstigsten abgeschnitten hat. Das ist selbstverständlich kein Anlaß, die deutschen Kapitalisten zu bemitleiden, denn diese haben ja die IRG freiwillig abgeschlossen. Es ist aber nach unserer Auffassung nicht einmal so, daß sie sich mit den Abschlußbedingungen verpekuliert haben. Die deutschen Kapitalisten hatten gute Gründe für den Abschluß des Paktes, aber es waren andere, als sie damals

öffentlich bekanntgaben. Sie wollten, was immer der Inhalt der Internationalen Rohstahlgemeinschaft bald, nicht den Kampf um möglichst gesicherte Weltmarktpreise und Exportmöglichkeiten aufnehmen und dadurch ihre Waren den deutschen Verbrauchern billiger geben, wie sie es der deutschen eisenerzeugenden Industrie feierlich garantiert hatten, sondern sie hatten andere, entgegen-gesetzte Absichten.

Das deutsche Stahlkapital schloß den Pakt ab, um ungehindert die Möglichkeit zu haben, den deutschen Markt in Zeiten aufsteigender Konjunktur auf das unversämteste auszunutzen. Für sie war damals das Wichtigste an der IRG, daß sie ihnen durch Kontingentsabkommen eine Monopolstellung auf dem deutschen Markt garantierte. Heute geben das die deutschen Kapitalisten auch offen zu. So schreibt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 16):

Für Deutschland lag die Bedeutung der Internationalen Rohstahlgemeinschaft bisher mehr außerhalb des Vertrages selbst, nämlich in dem schon erwähnten Kontingentsabkommen. Zweifellos wäre ohne dieses Abkommen die gute Inlandskonjunktur des Jahres 1927 unter dem Zustrom billigen westlichen Eisens schon bald zerfallen worden. Nur im Hinblick auf dieses, den deutschen Inlandsmarkt schützende Abkommen ist es zu verstehen, daß die deutschen Industriellen trotz der zu niedrig bemessenen Quote seinerzeit die IRG mitgemacht haben. Die Rohstahlgemeinschaft ist gemissermaßen unter dem Druck der drohenden Einuhr französischen Eisens nach Deutschland zustande gekommen. Die ganze Regelung (Rohstahlgemeinschaft und Kontingentsabkommen) bedeutet somit ein Kompromiß, welches keineswegs als ideal anzusehen ist.

Die deutschen Kapitalisten haben beim Abschluß der Rohstahlgemeinschaft in jeder Beziehung die Sicherung ihres Innenmarktes für das wesentliche gehalten. So haben sie sich mit einer Ausfuhrquote von nur dreihunderttausend Tonnen monatlich zufrieden gegeben. Diese Exportmenge bleibt aber nur dann straffrei, wenn sie nicht mehr als achtundzwanzig Prozent des gesamten deutschen Absatzes ausmacht. In der Zeit der deutschen Inlandskonjunktur war diese Bedingung selbstverständlich leichter zu erfüllen, als dies in Zeiten einer inländischen Absatzkrise möglich ist. Für die Veder-schreitung der Quote waren ursprünglich Strafzahlungen ausgemacht, die vier Dollar pro Tonne Überschreitung ausmachten. Da diese Zahlungen jahrelang ausschließlich nur von Deutschland



Während der „Weißen Woche“ bietet Ihnen auch unsere

Lebensmittel

Abteilung besonders preiswerte Waren.

Wurstwaren

Blut- oder Leberwurst	¼ Pfd.	25 ¢
Cervelatwurst	¼ Pfd.	40 ¢
Jagdwurst	¼ Pfd.	40 ¢
Polnische	¼ Pfd.	40 ¢
Blutwurst	¼ Pfd.	40 ¢
Schinken (gekocht)	¼ Pfd.	50 ¢
Bayr. Bierwurst	¼ Pfd.	40 ¢
Sledewürstchen (ca. 180 g)	Paar	70 ¢

Konserven

Junge Erbsen	3-Pfd.-Ds.	90 ¢ 75 ¢
Junge Erbsen (fein)	3-Pfd.-Ds.	1.35
Junge Schnittbohnen	2-Pfd.-Ds.	60 ¢
Pst. Stang.-Schnittbohne	2-Pfd.-Ds.	85 ¢
Konsum-Mischgemüse	2-Pfd.-Ds.	78 ¢
Junge Erbsen m. Karotten	2-Pfd.-Ds.	80 ¢
Mirabellen	2-Pfd.-Ds.	1.28
Erdbeeren	2-Pfd.-Ds.	1.55

Konfitüren

Pflaumenmus	3-Pfd.-Elmer	98 ¢
Stachelb.-Konfitüre	2-Pfd.-Elmer	1.40
Ananas-Konfitüre	2-Pfd.-Elmer	1.50
Erdbeer-Konfitüre	2-Pfd.-Elmer	1.65
Himbeer-Konfitüre	2-Pfd.-Elmer	1.90
Pflaumen-Konf. (Ticken)	1-Pfd.-Gl.	85 ¢
Orangen-Konfitüre	1-Pfd.-Glas	90 ¢
Erdbeer-Konfitüre	1-Pfd.-Glas	1.20

Camembert (vollfett)..... 2 Schichteln 37 ¢

Weizenmehl 000..... 4 Pfund 75 ¢

Apfelsinen..... Pfund 25 ¢

Mettwurst ca. 180 g..... Stück 50 ¢

Rindsgulasch..... Pfund nur 95 ¢

Pralinen ff. Mischung..... Karton ca. 350 g 1.00

ff. Brikäse..... ¼ Pfund 28 ¢

Eier-Bruch-Makkaroni..... Pfund 48 ¢

Amerikan. Äpfel..... Pfund 45 ¢

Schwed. Gabelbissen in Hummersauce..... ¼ Pfund 50 ¢

Gehacktes Rind..... Pfund nur 95 ¢

Kakao (garantiert rein)..... Pfund 78 ¢

Frisch-Fleisch nur 1. Klasse

Rindschmorfleisch	Pfd.	1.50
Rindsrouladen	Pfd.	1.60
Kalbskamm, Brust	Pfd.	1.20
Kalbskeule	Pfd.	1.40
Schweinebauch	Pfd.	1.10
Schweinskeule	Pfd.	1.25
Hammelrücken	Pfd.	1.30
Hammelkeule	Pfd.	1.40

Butter und Käse

Allerst. Molkereibutter	¼ Pfd.	1.10
Camembert vollfett, Kart., 4 Ecken		38 ¢
Emmentaler ohne Rinde	¼ Pfd.	38 ¢
Holl. Blockkäse ohne Rinde	¼ Pfd.	28 ¢
Edamer Käse	¼ Pfd.	30 ¢
Tilsiter vollfett, ohne Rinde	¼ Pfd.	40 ¢
Altenburger Ziegenkäse	Stück	48 ¢
Brötchen	3 Stück	10 ¢

Verschiedenes

Peri-Kaffee	¼ Pfd.	1.30
K.-B.-Mischung	¼ Pfd.	1.00
Schnitzlachs	¼ Pfd.	55 ¢
Oelsardinen Le Clou Dose	80	48 ¢
La Comtesse	Dose	80 ¢ 68 ¢
La Marquise	Dose	68 ¢
Appetitlid	¼ Dose	65 ¢
Fett-Bücklinge	Pfd.	nur 35 ¢

K A U F H A U S BRÜHL

In unserem schönen neuen Erfrischungsraum täglich reichhaltiger Mittagstisch von 80 ¢ an.

zu zahlen waren, mußten die übrigen Länder in eine Herabsetzung und Entlassung einwilligen. Gegenwärtig wird eine Ueberführung der Quote bis zu hiebeneinhalb Prozent mit einem Dollar je Tonne, weitere zweieinhalb Prozent mit zwei Dollar, erst auf die über zehn Prozent hinausgehende Ueberführung findet ein Satz von vier Dollar Anwendung.

Die Entwicklung des Abjates zeigte nun folgende Entwicklung:

	in tausend Tonnen			
	Deutschland	Frankreich	Belgien	Luxemburg
1927	16311	8275	3605	2471
1. Viertel 1928	4217	2297	924	638
2. Viertel 1928	3708	2327	932	632
3. Viertel 1928	3537	2309	965	641
4. Viertel 1928	2776	2460	1000	660
1928 insgesamt	14517	9387	3621	2572

Legitimierte Quartalsquoten bei der ZRG 3161, 2283, 846, 608

Interessant ist eine Aufstellung, die die Quotenüberschreitungen (+) und Quotenunterschreitungen (-) in tausend Tonnen zeigt:

	in tausend Tonnen			
	Deutschland	Frankreich	Belgien	Luxemburg
1928				
1. Quartal	+ 1056	+ 14	+ 78	+ 30
2. Quartal	+ 547	+ 44	+ 86	+ 24
3. Quartal	+ 676	+ 20	+ 119	+ 33
4. Quartal	- 405	+ 177	+ 151	+ 52

Insgesamt hat Deutschland seit Herbst 1928 bis zum Herbst 1929 ungefähr vierzig Millionen Mark Strafzahlungen wegen Ueberführung der Quote an die belgischen, französischen und luxemburgischen Produzenten gezahlt. Die Frankfurter Zeitung hat ausgerechnet, daß dieser Betrag ungefähr ein Prozent des Nominalkapitals der deutschen Stahlprodukt-

tion ausmacht. Dieses gewaltige Opfer haben die deutschen Kapitalisten also gebracht, um die deutsche Inlandskonjunktur unbedenklich von ausländischer Konkurrenz ausköpfen zu können.

Die deutschen Kapitalisten drohen nun mit einer Kündigung der Internationalen Rohstahlgemeinschaft, weil in Zeiten der abfallenden Konjunktur die Beherrschung des Inlandsmarktes ihren Profitwünschen nicht mehr genügt; sie haben aktiv imperialistische Absichten und tun so — um die Vertragspartner einzuschüchtern —, als wollten sie die Internationale Rohstahlgemeinschaft sprengen. Sicherlich sind das nur taktische Manöver, und es ist kennzeichnend, daß der „Berliner Börsen-Courier“ die französischen Kapitalisten einschüchtern will, indem er von einem unmittelbaren Zusammengehen Englands und der Vereinigten Staaten mit einer gegen die westeuropäischen Stahlproduzenten gerichteten Tendenz spricht.

Erste Schwierigkeiten sind zweifelsohne vorhanden, da die belgischen und französischen Kapitalisten nur schwer zugunsten Deutschlands Opfer bringen werden. Auf der anderen Seite ist es in der letzten Zeit vorgekommen, daß auch die französischen Kapitalisten ihre Quoten zu überschreiten begonnen haben und nun ihrerseits auf eine für sie günstige Revision des Stahlpattes drängen. Das Resultat wird vermutlich ein Kompromiß sein, das den deutschen Kapitalisten neben der Jubilierung einer früheren Exportquote auch weiterhin ihre Monopolstellung auf dem deutschen Markt garantiert. Die ZRG ist also zweifelsohne gegen die deutschen Verbraucher gerichtet. Daß die Reichsregierung mit ihrer Unterstützung dieses kapitalistischen Abkommens zur Ausweitung der Wölfe — trotz gegenteiliger Versicherungen beim Abschluß im Jahre 1928 — fortfahren wird, braucht bei den bisherigen Ergebnissen der Koalitionspolitik nicht bezweifelt zu werden.

Der Geschäftsumfang der Reichspost

SPD Berlin, 14. Februar.

Aus dem jetzt vorliegenden Geschäftsbericht der Reichspost über das letzte Viertel des vergangenen Jahres ergibt sich, daß im Jahre 1928 27 000 neue Postsekundionen eröffnet wurden. Der Gesamtumsatz belief sich auf 146 Milliarden Mark. Dazu waren 702 Millionen Buchungen notwendig. 117 Milliarden wurden bargeldlos ausgegeben, das sind 80 Prozent des Gesamtumschlages. Das Postsparguthaben betrug am Jahresende 708 Millionen. Auch der Ueberweisungsverkehr mit dem Auslande hat sich gut entwickelt. Insgesamt wurden 142 Millionen überwiesen, gegen 78 Millionen im Jahre 1927.

Die Zahl der Telephonanschlüsse ist nach dem Bericht um 32 400 auf 2,9 Millionen gestiegen. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer betrug Ende 1928 rund 2,6 Millionen. Die Postverkehre hat sich ebenfalls um ungefähr 50 v. H. erhöht, zurückgegangen ist nur der Paketverkehr.

Eingekommen wurde von der Reichspost insgesamt 578 Millionen, ausgegeben wurden 547 Millionen.

Wölfe überfallen ein Dorf. In den griechischen Grenzgebieten sind nach Meldungen aus Athen zahlreiche Dörfer von der Hungersnot bedroht, da sie infolge der riesigen Schneemassen von der Außenwelt abgeschnitten sind. Ein Rudel von 100 hungrigen Wölfen überfiel nach Berichten aus Janina den Ort Corytze und tötete 16 Kinder, vier Soldaten und zwei Polizisten. Die Zahl der an Erschöpfung Gestorbenen ist groß.

Amtliche Bekanntmachungen

Der vom Volkserziehungsrat Leipzig am 11. Mai 1928 unter der Nummer 2552 ausgesellte Führerschein Kl. I und die Zulassungsbescheinigung für das Kraftfahrzeug 21 183, beide lautend auf Kranista Ella Eilenhaidt, sind abhandeln gekommen.

Zur Verhütung von Mißbrauch werden diese Urkunden hiermit für ungültig erklärt.

V. R. III 408 Leipzig, den 11. Februar 1929. Das Polizeipräsidium, Verkehrsabteilung.

Beim städtischen Kunstausschuss ist die Stelle eines

Handwerkmeisters

zu belegen. Die Anstellung erfolgt auf Probezeitvertrag. Es ist zu erwarten, daß dem Stellensuchenden ein Anordnungsverfahren zur Erlangung der Anstellung für die Dauer der Probezeit einräumt wird.

Die Bewerbung erfolgt nach den Sätzen der Gruppe 18 der Stellungsordnung; hierzu wird eine jährliche Stellensumme von 300 RM. gewährt.

Bewerber, die das Tageslohnhandwerk erlernt und sich ausgezeichnet bewährt haben, mindestens 30 Jahre alt und im Verkehr mit dem Publikum gewandt sind, wollen ihre Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften über ihre bisherige Tätigkeit baldmöglichst beim Personalamt, Neues Rathaus, einreichen.

Leipzig, den 11. Februar 1929. Rat der Stadt Leipzig.

Die Versteigerung der zu Holzplattennachfällen gehörigen Möbel im Johannishospital — Stammhaus — Hospitalstraße 38 findet der Kälte wegen nicht statt. Das Johannishospital zu Leipzig. 3. B. Justizrat Sannau.

Brennholzversteigerung.

Kaunhofer Staatsforstrevier, Gündorfer Revierteil, Sonnabend, den 23. Februar 1929, nachmittags 2 Uhr, Restaurant „Dombolschänke“ bei Bötsa (Amts. Leipzig), 40 Minuten von der Endstation der elektrischen Auhendbahn Hauptbahnhof Leipzig-Gündorf; 4 1/2 km. eich., eich., erl. rüst. u. aborne Brennholzte, Klobel, Faden und Kette Gündorfer Revierteil; Grünh. Kanisch Forst u. Dänischer Holz. Auskunft über die Bötsa erteilt Forstwart Hunger in Gündorf bei Leipzig, Fernruf 421 44 Amt Leipzig. Forstamt Kaunhof, Forststelle Grimma.

Zurück! Augenarzt Dr. Carus Universitätsstr. 19 10-13, 15-18. Tel: 11288.

Verkäufe

Von jerssch, wenig getr. Herr.- u. Dam- Garderobe Maßarbeit! Neu, neue Garderobe au fehr bill. Preis! Frack-, Gehrock- u. Smoking-Anzüge zu bill. perleihen Salomon Friedmann Ranstädter Steinweg 13, I. Ein- u. Zweifl.-Gold.

Erstlingswäsche Hamden 35, 3, Wldeln 50, 3, Jochen 40, 3, E. Heidorn Otto Schill-Str. 2

Auf Kredit Sofas, Schallplatten, mit 2 Woch. Kündigungsfrist, Hans Hoffmann Heinrichstr. 10, 1. Etch.

Auf Kredit Schränke, mit 2 Woch. Kündigungsfrist, Scherbel Markt 2 (Rathausstraße)

Reif Holzschuhwaren-fabrik Leipzig CI Mölkauerstr. 33.



Gefrierfleisch

Gefrier-Rindfleisch

Suppenfleisch	1 Pf. 0.60	Rouladen ohne Beilage	1 Pf. 1.16
Bratenfleisch mit Knochen	1 Pf. 0.85	Lende	1 Pf. 1.20
Bratenfleisch ohne Knochen	1 Pf. 1.04		
Roaßbeef ohne Knochen	1 Pf. 1.16		

Gefrier-Sammelfleisch zum Kochen und Braten je Pf. 1.10

Frischfleisch

Rindfleisch		Schweinefleisch	
Suppenfleisch	1 Pf. 1.10	Bauch ohne Beilage	1 Pf. 1.20
Hohe Rippe	1 Pf. 1.30	Ramm	1 Pf. 1.40
Bratenfleisch mit Knochen	1 Pf. 1.30	Rotelet, kurz gehakt	1 Pf. 1.50
Bratenfleisch ohne Knochen	1 Pf. 1.50	Lende	1 Pf. 1.50
Roaßbeef mit Knochen	1 Pf. 1.40	Schnitzel	1 Pf. 1.50
Roaßbeef ohne Knochen	1 Pf. 1.60	Gehacktes	1 Pf. 1.50
Rouladen ohne Beilage	1 Pf. 1.60	Schmeer, Fettes, o. Schwarze	1 Pf. 1.10
Lende	1 Pf. 1.80	Gläsein	1 Pf. 1.10
		Schweinefleisch	1 Pf. 0.60

Mastkalbfleisch

Ramm	1 Pf. 1.20
Brust	1 Pf. 1.30
Faxen	1 Pf. 1.00

Frisches Hammelfleisch

Bauch und Schulter . . . je Pf. 1.32 Reule und Rücken . . . je Pf. 1.44

Weiß- und Griebenfett . . . je Pf. 1.30

Jeden Mittwoch:
Frische Blut- und Lebertwurst
mit Wurstsuppe Portion 30 Pf.

Konsumverein

Leipzig-Plagwitz und Umg., e. G. m. b. H.

Abgabe nur an Mitglieder

Größte Sorgfalt

verwenden wir auf den Einkauf, um Ihnen mehr zu bieten, als Sie bisher gewohnt sind. Wir verhandeln mit leistungsfähigen Fabrikanten persönlich und suchen diejenigen Artikel heraus, wo Sie für Ihr Geld den höchsten Gegenwert erhalten. Das ist der Grund, warum wir in unseren Geschäften in etwa 20 Tagen neben anderen Waren

34 Str. Bralinen

allein von einem Fabrikanten verkauft haben. — Kosten auch Sie 1/4 Pfund Nuclele für 44 Pfennig.

Dina-Süßwaren-Haus

Zentrum: Wintergartenstr. 6, Reichsstr. 24, Windmühlenstr. 30	Westen: Gundorfer Str. 4, Eisenbahnstr. 26,	Merseburg Str 54 Zachowstr. 46 Bülowstr. 23.	Süden: Bornsche Ecke Stöckertstraße, Pegauer Straße 2
---	--	--	---

Nähmaschinen-Schube

Phönix Ritterstraße 4 Mund'os

Reparieren aller Systeme Telefon 235 85
Neuester Zickzackapparat für alle Systeme

PRIMA GÄNSEFEDERN

Ich empfehle: Dauerige Gänsefedern zum Selbsttragen M. 1.80-3.00; Kleine Ruoffedern. tüchtigt M. 4.50-5.00; Weiße Halbdaunen, wunderbar füllend M. 5.50-6.00; Elite 3 1/2-Daunen M. 8.00-7.10; Carica, Federn, gut toll. M. 3.50, 4.70, 4.50, 5.00; zahnweiße, daunige M. 8.50-7.00; Wunderbare Daunen M. 9.00-11.00
Vor Kauf verlangen Sie Gratismuster unter Angabe, ob ge- od. unge- rissene Versand- u. Nachnahme. Nichtgut nehme a. m. Kosten zurück.

ERNST WEINBERG, NEU-TREBBIN F. 12
Preis-Ordner: Postfach-Druckerei- und Holzdruckerei, Gebr. 1928

Schränke Betten bill. Schrank-Schreibt. Piano, Schmiedel, 7^e

Reformbetten Polstermatratzen Polsterauflagen Chaiselongues Kinderbetten

18.- an Fluggarderoben 20.- an Teilzahlung gestattet.

Thomasiusstr. 11 früher Kistlerstr.

Kinderwagen Klappwagen mit Gummireifen 12.- an

Puppenwagen Teilzahlng gestattet, Thomasiusstr. 11 früher Eislerstraße.

Kleine Anzeigen

Leipziger Volkszeitung

Große Erfolge!

Bei Katarrh, Husten, Asthma

wirkt auch in veralteten Fällen der aufsteigend schleitende Asthma. Zu haben: Ennoh-Apotheko, Markt 12

Maurer-Workzeuge und Reparaturen

Masken-Kostüme für Damen u. Herren in größter Auswahl billig zu verleihen. Grad- u. Beschnitts-anzüge. Richter, Berliner Str. 6, I.

Wohnungen

Wohnungsaufsch. Biele 3- oder 5-Zi. Wohn-, I. Et. in R. Reichstr. Sucht 3-Zi. Wohn., mögl. 3-Zi. od. Dk., II. od. III. Et. Lina, w. berg, Kirsch, Str.-anstr. 21, I. r.

Wer vermietet an Lindenl. Grenzpar 1 od. 2 leerer Zimmer. (Nagel gleich) Off. an W. Hahnemann, Leipzig 4 3 Altendammstr. 48, pt. r.

5 Zim. möbl. Zimmer (bedarft) von ja. Gefallen bei An- geb. u. V. 70 an die Fil. Seiber Str. 82.



Bezirksauschuss Leipzig

Ein heftiger Wettkampf der Bürgerlichen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Bezirksauschusses hatte die Absicht, in der Sitzung vom 13. Februar eine Notstandsaktion für die etwa 8 bis 7000 Bedürftigen der Amtshauptmannschaft zu beantragen.

Der Amtshauptmann stellt fest, daß die Schwierigkeiten für den Winterkanal nicht beim schächeligen, sondern beim Reichsfinanzminister liegen.

Der Wahl von Sachverständigen zur Abschätzung der durch Seuchen getöteten Tiere gemäß § 6 der Verordnung vom 8. April 1912 auf das Jahr 1929 wird nach der Liste von 1928 zugestimmt.

Zum 2. Nachtrag zur Gemeindeverwaltung von Burg hausen erklärt der Amtshauptmann, daß durch die dortige Absicht, einen berufsmäßigen Bürgermeister anzustellen, grundsätzliche Schwierigkeiten, besonders bei der Vereinigung von Gemeinden zustande kommen können.

Zur Neueinteilung der Amtshauptmannschaften in Sachsen

Ihre Auswirkung auf Borna und Leipzig.

Gegenwärtig wird im sächsischen Innenministerium die Frage geprüft, ob sich die Zahl der Amtshauptmannschaften um einige verringern läßt.

Es wäre sehr zu wünschen, daß sich unsere Genossen im Bezirk Borna im Kampf gegen die Aufteilung des Bezirks nicht vom Bürgerium einspannen lassen, da die Frage der Aufteilung von Amtshauptmannschaften eng mit einer immer und immer wieder von uns erhobenen Forderung auf Verringerung der Zahl der Amtshauptmannschaften zusammenhängt.

nicht von rein lokalen Gesichtspunkten aus betrachtet werden, wir müssen vielmehr auf Grund unserer programmatischen Forderungen, die wir für eine Verwaltungsreform aufgestellt haben, den Versuch machen, zu einer Lösung zu kommen.

Da sie wirtschaftlich und verkehrspolitisch in enger Beziehung zur Nachbaramtshauptmannschaft stehen.

Beispiele dafür sind die Orte um Pegau und Großschönheim, die noch zur Amtshauptmannschaft Borna, ihrer wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Entwicklung nach aber zur Amtshauptmannschaft Leipzig gehören.

großstädtischen Vororte in die Großstädte einverleibt sind, wurden die amtshauptmannschaftlichen Bezirke räumlich kleiner und werden immer noch kleiner.

Gerade im Hinblick auf diese ganze Entwicklung ist es dringend notwendig, rechtzeitig die Eingemeindung von weiteren Orten nach Leipzig vorzunehmen.

Von den Eingemeindungen nach Leipzig wird die Amtshauptmannschaft Leipzig betroffen und in ihren Auswirkungen natürlich auch die beiden Nachbaramtshauptmannschaften Grimma und Borna.

Daß natürlich die Neugliederung der Amtshauptmannschaften in unserer Nordwestecke von Sachsen Schwierigkeiten mit sich bringen wird, ist bei den vielen auseinanderstrebenden lokalen Interessen ohne weiteres verständlich.

Sich sofort mit dem Rücken gegen die Tür, die Hand auf der Klinke. Er hieß Nyl, war klein und hager, seinen langen, gleichsam ineinander verschlungenen Armen, die etwas von der vorhergehenden Jähigkeit und Straffheit von Gummiändern hatten, sah man ihre jähe Stärke nicht an.

größere und leistungsfähigere Bezirksverbände zu schaffen, damit die Aufgaben, die besonders in der Nachkriegszeit den Bezirksverbänden zugewiesen worden sind, endlich gelöst werden können.

Gauß. Wegen der starken Kälte mußte in der hiesigen Schule der Unterricht auf einige Tage ausgesetzt werden.

Bösdorf (Ester). Feuer in Bösdorf. Der Bürgermeister Köhler erlucht uns, mitzutheilen, daß bei dem Brande am 31. Januar die Feuerwehr von Knauthahn nicht am Brandherd erschienen war, dagegen die Freiwillige Feuerwehr von Gauß mit der Bezirksprize Südwest-Gauß erst nach Beendigung des Brandes erschien.

Leipziger Rundfunkprogramm

Freitag, 15. Februar.

- 12,00 Uhr: Schallplattenkonzert.
15,15 Uhr: Stunde der Hausfrau mit Kunstwerkung.
16,30-17,05 Uhr: Aus dem Musikspiel 'Der Fünfkürter' von Wilhelm Walther.

Berufungskalender

Donnerstag, 14. Februar 1929.

- Bund sog. Freidenker, Ortsgr. Süd, Post. Stadt Borna, 20 Uhr.
Bund sog. Freidenker, Ortsgr. West, Feiltenfelde, 19,30 Uhr.
Deutscher Metallarbeiterverband, Generalversammlungsvorsteher, Volkshaus, 19 Uhr.

Volkshaus Leipzig

Spezialgericht. Heute: Rauchfleisch mit Linsen 70, Gekochtes Hammelfleisch mit Zwiebeln 60 und Klößen 80.

Aufstand der Fischer von St. Barbara

Von Anna Seghers.

Copyright 1928 by Gustav Kiepenheuer Verlag

Marie schlenderte auf der Mole herum mit zwei Freundinnen, die von der Insel zum Klingsfest gekommen waren.

Einer von den jüngeren Bredels, ein junger Knecht, der die Nacht im Gasthause schlief, — es war üblich, vor der Abfahrt jemand aus Sebastian zu schicken, — hatte auch Lust auf die Fischer bekommen und trieb sich auf der Mole herum.

Jetzt waren sie aus den Hütten heraus, der Weg führte leicht über die Höhe, drunter war das Meer und sonst nichts.

Ringherum lachten sie, er merkte jetzt, es waren viele, er wurde überhaupt nicht erst ganz wach, er spürte einen durchdringenden Geruch, er kannte ihn von Kindheit an.



Herbst gefogt hat, die Fischer brauchten gar nicht zu hungern, wenn sie ihren Vorschlag nicht auf dem Fest vertirnen würden?

Seitdem Nyl eingezogen war, war es still geworden. Es war auch nachher noch eine Weile still.

auf den Tisch und schraubte am Licht. Es wurde etwas heller, der junge Bredel lag auf dem Boden, er hatte einen Schlag gegen die Brust und gegen die Schläfe und dachte etwas.

Unter den Köpfen, die der junge Bredel verschwommen im Dunkeln gesehen hatte, war auch Huls Kopf.

Hull stand auf und ging unter Licht. Er sagte: 'Wacht an!' Nyl blickte sich widerwillig, als ob er einen Befehl erhalten hätte.

Hull ging hinter Nyl. Auf Nyls hagerem kaffigen Rücken hingen die Beine des jungen Bredel herunter und pendelten locker gegen Nyls Schultern.

Anten am Weg trafen sie Redemel. Redemel sah auf, schickte die Frau heim und schlief sich an.

Sie hielten vor den Bureau, aber da war alles dunkel. Hell erleuchtet war das Gasthaus, von oben bis unten, da war jetzt alles zusammen, was es an Angestellten, Beamten und Kaufleuten im St. Barbara gab.

(Fortsetzung folgt.)

Japanische Treue

Aus meinem Lohio-Tagebuch. Von Erwin John.

Zu einem Besuche des Borstadtempels Sengakui entschlief ich mich erst spät, sei es aus Widerpruch gegen die Reichshandbücher, die aus der Beschäftigung eine Pflicht machen, sei es, weil mir die mit dem Tempel verknüpfte Geschichte der 47 Ronin nicht auslief...

Der Empfang kaiserlicher Boten am Hofe des Shogun in Lohio war eine Angelegenheit, die ein sehr umständliches Zeremoniell erforderte. Der Daimyo, dem diese Aufgabe übertragen wurde, hatte deshalb zuvor einen Kurios bei einem Sachverständigen dazumachen lassen. Dieser Zeremonienmeister war um die Wende des 17. Jahrhunderts ein gewisser Kira Yoshimasa...

So ist es geschehen in den Jahren 1700 und 1701, in der Geizperiode, die als der Gipfelpunkt japanischer Verfeinerung und Verdrängung gilt. Sofort nach der Tat haben sich Drama, Roman und bildende Kunst des Stoffes bemächtigt, denen sich heute der Film anschließt. Unzählige Ausmachungen, Variationen, Entstellungen sind dazu gekommen, alle bestimmt, die Tat der 47 Ronin in eine Apotheose der Treue und Ritterlichkeit zu machen...

In der Geschichte der 47 Ronin habe ich niemals viel Anziehendes, aber um so mehr Wohlthuendes gefunden. Was ist das für eine überflüssige Zeremonie, die dem Ausführenden soviel Qualen und Reue auferlegt? Was ist das für eine Strafe, die nicht nur den Täter, sondern auch seine Familie und Gefolgsleute trifft?

Bei meinem ersten und einzigen Besuche des Tempels Sengakui komme ich schließlich doch zu einer gewissen Verständigung mit der Geschichte der 47 Ronin. Zwar das Denkmal Dishi und das Dishi-Museum mit seinen vielen Fälschungen haben mir nichts zu sagen, aber der Anblick der bescheidenen Gräber unter den hohen Bäumen ergreift...

Nicht nur in Privatleben, auch im politischen Leben des alten Japan haben die Ronin eine Rolle gespielt. Im Lohio der Lohio...

gewarheit waren sie eine ständige Gefahr für die Regierung des Shogun, und bisweilen brach ihre Unzufriedenheit in offenen Aufstand aus. Als der Shogun von den westlichen Mächten gezwungen wurde der Abgeschlossenheit Japans ein Ende zu machen, tobten sie gegen die Regierung wie gegen die Fremden, und der Sturz der Tokugawaherrschaft war zum Teil ihr Werk.

Die Leipziger Dirigenten-Krise

Hermann Scherchen und Günter Ramon an Leipzig zu setzen, ist bei etwas gutem Willen gar nicht so schwierig. Die fünf Gesellschaften (Konzertverein, Musikfreunde, Philh. Gesellschaft, Deutsche Bühne und Liedverein), die zehn Sinfonieorchester und zwei Chorvereine gemeinsam veranstalten, brauchen sich nur diese zwei Künstler zu ihren Dirigenten zu wählen.

Als sich im Jahre 1928 der Konzertverein mit seinem Dirigenten Hermann Scherchen den Gesellschaften anschloß, wurden die Konzerte fünf zu fünf mit Prof. Laber geteilt. Der Vorschlag des Konzertvereins, alle 10 Konzerte unter Scherchens Leitung zu stellen, um einer einheitlichen Durchführung Raum zu geben, wurde zwar erzwungen, aber abgelehnt mit der Begründung, daß auch Professor Laber seine Anhänger hier habe, die man bei seinem Abgang verlieren würde.

Kleine Chronik

Deutsche Grönland-Expedition. Im Kreise der deutschen Wissenschaft wird eine Expedition nach Grönland zwecks Forschungen über das Inlandeis und sein Klima geplant. Auf Schiffe werden fünf mit schwedischen Methoden die Dicke des Inlandeises zu messen versucht werden.

Vom Untergang der Nobille-Expedition. Trotz Drohungen von italienischer Seite veröffentlicht Professor Seonene, der einzige überlebende nichtitalienische Teilnehmer der Nobille-Nordpol-Expedition, demnächst im Verlage F. W. Brockhaus, Leipzig, seinen Bericht über Glück und Ende dieses tragischen Unternehmens.

Der Rechte im Telephonbuch. 18 Jahre lang war Maurice Jann der besonderen Ehre teilhaftig gewesen, als Besten im Telephonbuch der Stadt Reunort zu figurieren, was bei 1320 000 Teilnehmern wirklich keine Kleinigkeit ist.

Hinausgeworfen — bei der Heilsarmee

Aus meinem Tagebuch 1928. Von Kurt Hoffe.

In Paris steht inmitten eines ganzen Viertels armlastiger Häuser ein ziemlich aufsehensreiches Gebäude. Stolz prangen von seinem Giebel die sogar Nachts beleuchteten Worte: Hôtel du Peuple.

Es ist das Nachtlager für Männer; von der Heilsarmee erbaut und vermalet. Wenn man in Paris als Arbeiter auf Besuch ist und weder das gewöhnlichste Fremdenhotel bezahlen kann, noch Lust hat, unter den Seinebrüden zu nächtigen, so bleibt immer noch als letzter Ausweg der Gang zur Heilsarmee.

Es ist das Nachtlager für Männer; von der Heilsarmee erbaut und vermalet. Wenn man in Paris als Arbeiter auf Besuch ist und weder das gewöhnlichste Fremdenhotel bezahlen kann, noch Lust hat, unter den Seinebrüden zu nächtigen, so bleibt immer noch als letzter Ausweg der Gang zur Heilsarmee.

Ich hatte mich also auch bei der Heilsarmee einquartiert, denn es war noch März und die Nächte verflucht kalt. Geld hatte ich noch in solcher Menge, daß ich mir den Luxus leistete, eine Kabine zu mieten und nicht ein Bett im gemeinsamen Schlafsaal.

Der letztere hing bei mir und ein früherer Bewohner hatte ganz fein mit Weißtint darunter geschrieben: Par exemple — mourir du faim (z. B. stirb vor Hunger).

Aber eins muß anerkannt werden, nämlich die Sauberkeit in dem etwa 80 Personen fassenden Hotel.

Im Parterre war eine Kantine und ein großer Aufenthaltsraum. Das war immer mein Ziel abends. Denn hier fanden sich alle Nationen der Welt und es gab fabelhaft interessante Typen und Gespräche.

Als bis hierher war alles gut gegangen; ich wohnte schon einige Tage hier, fühlte mich heimlich und war voll unaussprechlicher Freude über Paris und seine Menschen, als das Unglück passierte.

Ich hatte mir Anstichpostkarten gekauft und in deutscher und französischer Sprache beschriftet, und zwar in dem Aufenthaltsraum, als plötzlich ein Heilsarmeeoffizier verknüpfte, daß sofort eine Anordnung beginnen werde und er alle bitten würde, doch ja zu bleiben.

Den ganzen folgenden Tag dummelte ich in der Stadt herum und erst gegen 18 Uhr ging ich zurück nach meinem Hotel, an ein kleines Fenster, um mir meinen Schlüssel zur Zelle zu holen, den mir morgens immer abgeholt wurden.

Vor mir stand schon eine Reihe von Menschen in solch buntem Köller- und Sprachensinn durcheinander, wie es nur bei der Heilsarmee in Paris anzutreffen ist. Ich wartete, und als ich an die Reihe, an das Fenster kam, sagte ich meine Nummer, meinen Namen und erhalte den Bescheid, zu warten.

Gelangweilt betrachte ich den Raum und die Einrichtung, als einmal im Nebenzimmer ein Gepolter und Geschrei losgeht, daß ich neugierig meinen Kopf durch das Fenster stecke, um etwas von dem interessantesten Gespräch zu verstehen, als plötzlich ein Hauptmann in voller Uniform aus diesem Zimmer an das Fenster gerückt kommt und aufgeregt meinen Namen schreit.

Ich melde mich undahre entsetzt zurück, denn wie eine Furie jagt mich der Hauptmann an: Halb deutsch, halb französisch, geht es los: Vous Sankel, boef, boches — qu'est ce que venillez — ici? Deutscher Teufel und was weiß ich alles, was er mir da liebliches erzählt hat; denn ich verstand so gut wie nichts.

Ja, ich mußte nicht einmal, was der Kerl eigentlich wollte. Am besten, dachte ich, du läßt den erst einmal austreden, außer Atem kommen und dann fragest du ihn ganz höflich, was er von dir wünsche. Ich gucke mir inzwischen die einzelnen Menschen ruhig an, lächle dann und wann einmal und bringe die Wange in immer größerer Aufregung.

Hinter mir hatten sich vielleicht 30 Menschen angeammelt, die neugierig geworden, teils für mich, teils gegen mich Partei ergriffen. Es war ein richtiger Tumult, der sich um mich drehte, nur mußte ich wirklich nicht warum. Ja, ich fühlte mich vollkommen sünderrein, als ich plötzlich laut lachen mußte.

Denn jetzt erschien der Hauptmann mit meiner Karte, die an die belgischen Kollegen gerichtet war, hielt sie mir unter die Nase und bellamierte laut die entscheidende Stelle, die er auswendig gelernt hatte, und die ich so kurz war, und doch so entscheidend. Rämlich ins Deutsche übersetzt, hatte ich geschrieben: Paris ist eine herrliche Stadt, der Wein gut und billig und die Frauen elegant und manchmal sehr schön.

Und dies war es, was das lausche und antalkoholische Gewissen der Heilsarmisten so in Aufruhr brachte. Ein Säufser, ein Weibeverführer hier in diesen heiligen Hallen, das ging nicht an. Also hinaus, nur fort mit dem Säufser. Nun war ich zwar erst 19 Jahre alt, war absolut nüchtern und; eventuell noch vor der Verbammnis zu retten, aber daran hatte in der Aufregung wahrscheinlich keiner gedacht — und einen Teufel zu vertreiben, war wahrscheinlich leichter, als ihn zu befehlen. So kamen sie denn zum Schluss der Vorstellung und sagten, in 10 Minuten muß ich dieses Haus verlassen haben und dürfe es nie wieder betreten.

Ich wollte noch einige Einwände, Erklärungen machen. — umsonst ohne mich anzuhören, warf man mich auf die Straße. Aber ich ging nicht eher, bis man mir mein vorausverkauftes Schlafschloß und vor allem die noch nicht antwortete Briefmarke meiner schönen Karte wiedergeben hatte.

Dann stellte sich der Hausmeister in den Ausgang des „Hôtel du Peuple“, und blühte mir solange drohend nach, bis ich im Dunkel verschwunden war.